

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 M., bei Selbstabholung 1.65 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 M., für 1 Monat 1.75 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postkontonr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18688.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Platzvorschrift 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Teuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 7.50 M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Verlag** in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • **Inseraten-Abteilung** Fernsprecher: 2721.

Kampfpause im Ruhrrevier.

Die Lage in Bayern.

Verlegung der bayerischen Regierung nach Nürnberg.

Nürnberg, 22. April. Wie verlautet wird, beabsichtigt die Regierung Hoffmann, in den nächsten Tagen ihren Sitz nach Nürnberg zu verlegen, da sich die Verhältnisse in Bamberg, vor allem die dringlichen Verbindungen für den umfangreichen Regierungsapparat als völlig unzureichend erwiesen haben. Allerdings bereiten die Nürnberger Kommunisten, wie die der Regierung nahestehende Frankfurter Tagespost erfährt, für die nächsten Tage einen Handreich zur Entsetzung ihrer Münchener Genossen vor, der sich insbesondere gegen die Eisenbahn richten soll, um den Truppen der Regierung Hoffmann die Verbindung abzuschneiden. — Ueber die bayerische Presse wurde durch die Regierung Hoffmann heute die Mitteilungsur verhängt.

Verhandlungen in Bamberg.

Bamberg, 21. April. In Bamberg sind als Vorsitzende der unabhängigen Sozialisten der frühere Handelsminister Simon, ferner Geier und Dr. Freund eingetroffen, um beim Ministerium Hoffmann über einen Ausgleich mit den Kommunisten zu verhandeln. Ferner ist der Präsident des bayerischen Landtags, Mehrheitssozialist Franz Schmitt aus München hierher zurückgekommen. Die Fortsetzung der militärischen Operationen erfährt dadurch keine Verzögerung.

Generalfreik in Augsburg.

Augsburg, 22. April. Der im Stadteil Oberhausen verbliebene Rest der bewaffneten Arbeiterschaft hat abends die gemachten Gefangenen, 20 Bayern und 4 Württemberger, darunter einen Offizier, ausgeteilt, ebenso beträchtliche Mengen von Waffen. Später rückte Infanterie mit zwei Geschützen in die Oberhausen vorgelagerte Vorstadt Innz der Beraich ein. Die Säuberung des Platzes vor der Beraichstraße mußte mit Gewaltanwendung erfolgen. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und drei verwundet. Heute nachmittags fand auf dem großen Exerzierplatz eine Massenversammlung der Arbeiterschaft statt, in der der Generalfreik für die Dauer der Anwesenheit der Regierungstruppen beschlossen wurde. Wie verlautet, beabsichtigt der Stabkommandant Edelmann von seinem Posten zurückzutreten.

Der Terror der Rechtssozialisten.

Zerstörung einer Druckeret in Stuttgart.

Stuttgart, 22. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der Süddeutschen Volksdruckerei, die auch das Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Stuttgart, den Sozialdemokrat, druckt, ist in jüngster Zeit eine Anzahl Flugblätter hergestellt worden, die zum Generalfreik und gewalttätigen Sturz der Regierung aufforderten. Der Redakteur weigerte sich eine von der Regierung vorgelegte Erklärung zu unterzeichnen, daß im Sozialdemokrat und in sonstigen in der Süddeutschen Volksdruckerei hergestellten Druckchriften weder zum gewalttätigen Sturz der Regierung noch zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Forderungen auf dem Wege der Gewalt oder zum Generalfreik aufgefordert wird. Hierauf wurden auf Veranlassung der Staatsregierung die Maschinen der Süddeutschen Volksdruckerei durch Entfernung von Maschinenteilen durch die Polizei unbrauchbar gemacht. Das Erscheinen des Sozialdemokrat wurde bis auf weiteres verboten.

Die Hüter der Ordnung.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erhält aus Magdeburg folgende bezeichnende Privatmeldung:

Der Belagerungszustand, soweit er Beschränkung des Straßenverkehrs anferlegt, wurde hier durch General v. Koerber, Kommandeur der Landesbehörden, endgültig aufgehoben. Das Verbot der Ansammlungen auf Straßen und Plätzen bleibt bestehen. Abermaliger Diebstahl an Exerzierplatz konnte trotz des Verbots, die Straßen zwischen 11½ und 4 Uhr nachts zu betreten, erfolgen. Angehörige der Landesbehörden, bei denen ein Teil der gestohlenen Sachen gefunden wurde, wurden verhaftet. Angeblich wollen sie die Sachen stehlen und einem Matrosen abgenommen haben. Genauere Untersuchung ist eingeleitet.

Aus Berlin wird gemeldet: Seit einiger Zeit waren die für Bismarck bestimmten Lebensmittelleistenbahnwagen beraubt worden. Die Kommandantur beantragte zwei Sergeanten mit der Ueberwachung des Bahnhofes und Lebensmittelverkehrs. Es wurde festgestellt, daß als Diebe die von dem Regiment „Reichswehr“ gestellte Wache in Frage komme. Am 2. Feiertage, nachts, erbrachen die Wachen wiederum Wagen und raubten 6 Zentner Erbsen und 10 Sack amerik. Weizen. Die beiden Unteroffiziere benachrichtigten die Bismarcker Polizei. Als die Wache das Herannahen der Beamten bemerkte, setzte sie sich zur Wehr. Auf die Kräfte

wurde ein heftiges Feuer eröffnet, das so lange anhielt, bis den Eingeschlossenen die Munition ausging. Dann drangen die Beamten ein und nahmen die Diebe fest.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 22. April. Wie die Kommandantur Groß-Hamburg mitteilt, ist die Meldung von einer Entsendung von Regierungstruppen nach Groß-Hamburg unzutreffend. Am Einvernehmen mit dem Senat von Hamburg sowie dem Magistrat von Altona und Wandsbek ist der Belagerungszustand über diese drei Städte verhängt worden. Zu schweren Ausschreitungen kam es heute hier in St. Pauli und in Eimsbüttel. Der Mob überfiel Vorübergehende und beraubte sie. Ein vorübergehender Knabe wurde von einer Kugel getroffen und starb. Die Unruhen der beiden Ostertage nahmen auch heute ihren Fortgang. Bewaffnete Autos verteilten während des Vormittags in St. Pauli Waffen und Munition an die Bevölkerung. Daraufhin zogen 200 bis 300 Mann durch die Straßen, raubten Passanten aus, stürmten einzelne Verkaufsstellen und verletzten wieder mehrere Wachen in ihren Besitz zu bringen. Die Wache 18 wurde von ihnen genommen.

Der Bürgerstreik in Bremen.

Bremen, 21. April. Bremermanns Telegraphisches Bureau meldet: Der in Beantwortung des vom Rat der radikalen Arbeiterschaft erklärten Generalfreies unter Billigung der Regierung angeordnete Abwehrstreik wird seit gestern mit aller Energie durchgeführt. Alle übrigen Parteien haben geschlossen den unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber. Alle Geschäfte, Wirtschaften und Vergnügungsorte sind geschlossen. Jede Erwerbstätigkeit ruht. Die Werften und großindustriellen Betriebe haben sich geschlossen für den Abwehrstreik ausgesprochen. Was den Eisenbahnverkehr betrifft, so wird der Durchgangsverkehr aufrechterhalten, der Orts- und Vorortverkehr ist von heute nachmittags 3 Uhr an abgeschnitten. Das Erscheinen sämtlicher Zeitungen ist verboten, desgleichen die Abhaltung jeglicher Versammlungen. Der gesamte Verkehr stockt. Die Banken bleiben geschlossen. Elektrisches Licht darf von 10 Uhr abends an in den Häusern nicht mehr gebrannt werden. Regierungstruppen und Stadtwehr sorgen für Ordnung. Die Hauptzugänge zur Stadt, sowie die Hauptverkehrsstraßen sind durch Drahtverhänge gesperrt. Durchsuchungen unterziehen jedes Geschäft auf Waffen und Munition. Starke Patrouillen durchstreifen die Stadt und die Vorstädte. Es herrscht vollkommene Ruhe. Jährliche meist neugierige Personen, die gestern abend nach 8 Uhr auf der Straße angetroffen wurden, sind auf Grund der Bestimmungen über den verschärften Belagerungszustand festgenommen worden. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht bekannt geworden.

Kampfpause im Ruhrrevier.

Duisburg, 23. April. (Eigene Drahtmeldung.) Heute tritt in Duisburg eine Konferenz der Streikenden im Industriegebiet zusammen, um den Abbruch des Streiks zu beschließen. Es wird sich nur um eine Kampfpause handeln, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Verhaftungen gehen fort. Die Regierungstruppen sind vielfach dazu übergegangen, die Verhafteten einfach zu erschießen. Die Erbitterung der Arbeiterschaft ist grenzenlos. Wenn das Wüten der Soldateska so fort geht, ist in den nächsten Tagen mit bewaffnetem Widerstand zu rechnen.

Die Regierungstruppen bringen den Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie um ihre Existenz kämpfen. Die Stimmung ist noch dieselbe wie auf dem Höhepunkt des Streiks. Neue Kämpfe lassen sich jetzt schon voraussehen.

Bochum, 22. April. An den Osterfeiertagen haben im Ruhrrevier zahlreiche Belegschaftsversammlungen der streikenden Bergarbeiter stattgefunden, die zu dem Dortmund-Beschluß Stellung nahmen. In mehreren Versammlungen wurde beschlossen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen, da ein weiteres Verharren im Streik angesichts der Zustände der Regierung nutzlos erscheine. In anderen Versammlungen wurde die endgültige Abstimmung auf heute verschoben. Nur wenige Belegschaftsversammlungen beschlossen, weiter zu streiken; jedoch kann mit der Wiedereinfahrt weitausgehender Teile auch dieser Belegschaften gerechnet werden.

Eisenbahnerstreik in Stargard.

Berlin, 23. April. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte in Stargard sind gestern früh in einen Streik eingetreten, dem sich auch die Streckenarbeiter angeschlossen haben. Es sind daher, wie das Tagesblatt berichtet, gestern wieder von Stargard noch von Stettin Züge abgegangen. Auch der Zug Berlin-Danzig konnte nur bis Stettin geführt werden.

Sand in die Augen.

Von der jetzigen Regierung ist für die Sozialisierung nichts zu erwarten. Die Koalition von Rechtssozialisten und Bürgerlichen ist Gegner jeder Maßnahme, die sozialistischen Inhalt hat. Deshalb hat man auch der Sozialisierungskommission die Arbeit so erschwert, daß sie nach monatelanger Hemmung durch die Regierung und die Bureaucratie die unfruchtbare Arbeit aufgegeben hat, unter dieser Regierung die Sozialisierung zu fördern.

Wenn es aber noch irgendeines Beweises bedürft hätte für die Tatsache, daß die jetzige Regierung nicht einmal die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vornehmen wird, die sofort und verhältnismäßig leicht durchgeführt werden könnte, so ist er durch die jetzt abgeschlossenen Beratungen des sogenannten Sachverständigenrats für die Kohlenwirtschaft vollumfänglich erbracht worden.

Dieses „Sachverständigenrat“ hat die Regierung berufen auf Grund des jamaikanischen Gesetzes über die Kohlenwirtschaft, das den Bergarbeitern vorläufige sollte, die Sozialisierung ist da. Bei schon dieses Gesetz auf die Bergarbeiter und die gesamte Öffentlichkeit keinen Eindruck gemacht, so befließt das amtlich bekanntgegebene Ergebnis der Beratungen des Sachverständigenrats auch den letzten Zweifel, als ob bei den Beratungen von Unternehmern, sonstigen Interessenten und der Bureaucratie eine Sozialisierung, das heißt, die Beseitigung der kapitalistischen Grundlagen der Produktion, das Ergebnis sein könne. Selbst die rechtssozialistische Dresdner Volkszeitung mußte vor einigen Tagen zugeben, daß die Amtlicheberlegung der Sozialisierungskommission den üblichen Eindruck bei der Arbeiterschaft gemacht habe, und daß man es denken, die nicht Sozialisten seien, nicht überlassen würde, die Sozialisierung durchzuführen. Trotzdem will die Regierung immer wieder den Eindruck erwecken, als ob auf diesem Wege die Sozialisierung möglich sei.

Nach der Amtsniederlegung der Sozialisierungskommission hat die Regierung kumpulierend erklärt, sie werde die weitere gemeinwirtschaftliche Organisation der deutschen Volkswirtschaft allein durchführen. Wie diese gemeinwirtschaftliche Organisation aussehen wird, davon legen die Ergebnisse der Beratungen des Sachverständigenrats für die Kohlenwirtschaft ein Zeugnis ab, das wohl auch dem blinden Anhänger der Regierung die Augen öffnen wird.

Wenn irgendein Zweig des Wirtschaftslebens zur Sozialisierung reif ist, so ist es der Kohlenbergbau, dessen sofortige Sozialisierung möglich und unbedingt notwendig ist, weil es hier leicht ist, das Monopol des Kapitals zu brechen, und weil die Sozialisierung des Kohlenbergbaues die Gesundung des Wirtschaftens wesentlich beschleunigen würde. Aber wenn man die Beschlüsse des Sachverständigenrats ansieht, so versteht man, warum der Regierung und der ihr dienenden Bureaucratie die Sozialisierungskommission so unbedeutend gewesen ist und man es ängstlich vermeiden hat, sie zu den Beratungen des Sachverständigenrats hinzuzuziehen. Regierung und Bureaucratie wußten, daß kein Mitglied der Sozialisierungskommission jemals seine Hand an dieser Beschwindelung der Arbeiter gereicht hätte.

Das Benehmen der an den Beschlüssen des Sachverständigenrats ist die Tatsache, daß in ihnen von einer Bergesellschaftung der Kohlenproduktion auch nicht mit einem Worte die Rede ist. Das, was allein die Bezeichnung einer Sozialisierung verdient, wird hier überhaupt nicht berührt, als ob es gar nicht in Frage käme. Alle Vorrechte des Kohlenkapitals, seine herrschende Stellung in Produktionsprozess des ganzen Wirtschaftslebens bleibt völlig unberührt. Die einzige Änderung gegenüber dem jetzigen Zustande soll dadurch geschehen, daß der Vertrieb der Kohle an Substanten übertragen wird, in deren Aufsichtsrat und Vorstand die Arbeiter Mitglieder entsenden sollen. Selbstverständlich sind die Arbeiter nur stets in hoffnungsloser Minderheit, so daß es ganz begreiflich ist, daß alle diese Beschlüsse des Sachverständigenrats fast einstimmig nicht angenommen worden sind, also mit Zustimmung der Unternehmer.

Die übrigen Bestimmungen der in Uebersetzung „Organisation der Kohlenwirtschaft“ genannten Richtlinien sind so geringfügig, daß sie an dem bestehenden Zustande fast nichts ändern. Die Kohlenabnehmer sollen vor der Ungleichmäßigkeit bei der Preisfestsetzung geschützt werden und Preisrückstellungen werden von der Zustimmung des Reichswirtschaftsamts abhängig gemacht; ein Recht, das der preussische Staat bisher schon durch seine Zugehörigkeit zum Kohlenmarkt gehabt hat.

Man wird es begreiflich finden, daß diese Beschlüsse die unsozialistische Praxis der Unternehmer geübt haben. So schreibt

Die Post, das Organ der Schwerindustriellen und Fachsenherren, denen die wirkliche Sozialisierung des Kohlenbergbaues, wie sie die Vorschläge der Sozialisierungskommissionen vorsehen, sehr unangenehm ist, über die Beschlüsse des Sachverständigenrats folgendes:

„Was die Bestimmungen über die Behandlung des eigentlichen Kohlenabbaus betreffen, bedeutet nach den bisherigen Bestimmungen eine erfreuliche, angenehme Heberaktion, wie überhaupt wirtschaftliches Verständnis und Forderungen der Praktiker sich erstmalig bei den wirtschaftlichen Geschehnissen der neuen Herrschaft einige Geltung verschafft zu haben scheinen. Allerdings sind die Bestimmungen immer noch denkbar genug, um staatlichen und kommunalen Eingriffsmöglichkeiten eine gefährliche Handhabe zu bieten. Man wird sich hier aber an die von uns mitgeteilte Eröffnungsrede des Sachverständigenrats erinnern müssen und dann nicht mehr erhoffen können. Der Reichshofrat wird für die Wirtschaftsfreiheit in dem gebotenen Maße Sorge zu nehmen haben. — Die Preis-Vereinsbestimmung bedeutet nur auf dem Papier eine Neuerung, vielleicht eine Vereinfachung eines Kriegesrechts der Regierung, das aber die Revolutionsregierung ohne weiteres in Dauer Geltung gesetzt hätte und sich nicht hätte nehmen lassen. Man wird das nicht ändern können, und es kann sich das auch erträglich gestalten, sobald die leitenden Leute aus den Folgen ihrer ersten „preispolitischen“ Kunststücke wie beim Kohlenindustriellen und beim Kohlenverbands-Klug geworden sein werden.“

Wenn man aus der obigen amtlichen Äußerung entnehmen zu können scheint, daß mit ruhiger Rücksicht auch ein wenig die Ächtung und Erkenntnis der wahren Bedeutung dieser Industrie, d. h. der Industriellen, die sie in verkörpern, sich zurückzuführen zu haben scheint, so ist das sicher das wertvollste Ergebnis der dreitägigen Tagung, neben dem das Gesetz verfaßt.“

Also, die Unternehmer jubeln. Die drohende Gefahr der Sozialisierung des Bergbaues ist nach ihrer Meinung abgewendet. Sie sind mit den Beschlüssen des Sachverständigenrats zufrieden. Wir verstehen diesen Jubel. Es ist der Triumph über den Sieg, den sie über den Sozialismus davongetragen haben. Denn die Beschlüsse des Sachverständigenrats beseitigen jeden Zweifel darüber, daß die Regierung von der Sozialisierung nichts wissen will, und daß sie durch ihre lebige Politik fortsetzt, was sie am 4. August 1914 begonnen hat: die völlige Preisgabe des Sozialismus.

Ungarns Verteidigungskrieg.

Kampf gegen imperialistische Angriffe.

Budapest, 21. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Schicksale des ungarischen Volkes hat geschlagen. Der heftigsten Revolution, die zur Diktatur des Proletariats führte, ist die Konterrevolution des internationalen Imperialismus gefolgt. Die natürlichen Bundesgenossen der ungarischen Bourgeoisie haben gegen die junge Sowjetrepublik den Krieg begonnen. Den Reigen hat die rumänische Armee der Vojaren eröffnet.

Trotzdem, daß die Räteregierung den Waffenstillstandsvertrag in vollem Maße anerkannte und mit der Entente Verhandlungen führte, haben die Rumänen unter neuerlicher flagranter Verletzung des Waffenstillstandsvertrages unsere an der siebenbürgischen Grenze stehenden Truppen angegriffen. Sie begannen den Angriff am 16. April und haben ihn an den folgenden Tagen fortgesetzt.

Vermutlich werden die tschechischen und serbischen Armeen bald ihrem Beispiel folgen. Die ungarische Arbeiterschaft erwidert in diesem Versuch zur gewaltsamen Niederschlagung der Räterepublik, in der musterhafte Ordnung herrscht und die erst kürzlich Gelegenheit hatte, ihre friedlichen Wünsche dem General Emuts gegenüber zu betonen, eine offene Kampfanzüge des internationalen Kapitalismus an den Sozialismus. Demgemäß hat sich die letzte Sitzung des Budapestener Arbeiter- und Soldatenrates zu einem ebenso feierlichen wie entschlossenen Proteste gegen die Vergewaltigungspolitik gestaltet. Die Volksbeauftragten Kunt und Kun forderten die Arbeiterschaft auf, sich zu bewaffnen und so zu verhindern, daß die Entente der Budapestener Räterepublik daselbe Schicksal bereite, wie selbsterst Gallizien der Pariser Kommune.

Mit lebhaftem Beifall wurde die Erklärung des Volksbeauftragten Kun angenommen, daß wir das Schicksal der ungarischen Räterepublik nicht auf unsere bewaffnete Macht, sondern auf die unausbleibliche internationale soziale Revolution gegründet haben. Diese müsse in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden und auf die Offensive des internationalen Imperialismus werde in Kürze die Offensive des Proletariats aller Länder gegen den internationalen Imperialismus folgen.

Die so offen verkündete Vernichtungsbahn der internationalen Bourgeoisie hat die Leidenschaften des Klassenbewußten Proletariats in Ungarn in höchstem Maße erregt. Ein Beschlus Antrag, wonach die Hälfte des Arbeiterrats und der Arbeiterschaft an die Front gehen soll, wurde angenommen. Die Kämpfer schreiben vorwärts, und bald soll die internationale Bourgeoisie erfahren, daß das ungarische Proletariat seine Freiheit und Macht wirklich zu verteidigen weiß.

Verteidigungsmassnahmen.

Budapest, 21. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Grund des Beschlusses des Budapestener Arbeiter- und Soldatenrates werden alle Arbeiter jeder Munitions- und sonstiger Kriegsmaterial erzeugenden Fabrik außerordentlich am Montag zur üblichen Zeit die Arbeit auszunehmen. Der Rufus wendet sich auch an die Bergarbeiter und fordert sie auf, die Möglichkeit der Arbeit der Munitionsverzeugung in gesteigertem Maße zu schaffen, denn es gäbe keinen Feiertag, solange die internationalen Arbeiter die proletarierrevolution wöligen. Das Volkskommissariat für Heereswesen fordert alle gewissenhaften sozialistischen Reserveoffiziere auf, in die Rote Armee einzutreten. Alle aktiven Offiziere haben sich unverzüglich bei der Roten Armee zu melden.

Der Angriff der Rumänen.

Budapest, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber den rumänischen Angriff gibt das Volkskommissariat folgende Information: Der Angriff erfolgte auf der Linie Szinervarja-Silb. Die Rumänen konzentrierten größere Kräfte auf diesem Frontteil. Die Rumänen wollten annehmend erzwingen, daß wir unsere Truppen bis zu der Linie zurückziehen, welche die Entente in der letzten Note des Oberleutnants Biz als östliche Grenzlinie der neutralen Zone bezeichnete. Die Räteregierung hat vorgesorgt, daß entsprechende Verstärkung sofort an die gefährdeten Punkte entsendet werden. Die Arbeiterschaft ist in ganz Siebenbürgen in den Streit eingetreten. Stellenweise greift die bewaffnete Arbeiterschaft die rumänischen Truppen im Rücken an.

Die Fortsetzung des Angriffs.

Budapest, 21. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das Korrespondenzbüro meldet: Am 20. April zogen die Rumänen ihre Vordringen an mehreren Stellen fort. Im allgemeinen ist eine wesentliche Wenderung der Lage nicht eingetreten. Unsere Verstärkungen sammeln sich, gedeckt von unseren Sicherungstruppen. Letztere stehen

in der Umgebung von Madachfalva, Ermschaltfalva und unmittelbar westlich und südlich von Nagymaros.

Festigung der Lage.

Budapest, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die ungeschminkte Darstellung der inneren und auherpolitischen Lage durch die Volksbeauftragten in der letzten Sitzung des Budapestener Arbeiter- und Soldatenrates hat die Lage der ungarischen Räteregierung erheblich gestärkt. Die Symptome der Uneinigkeit, die sich zwischen gemäßigteren und radikalsten Elementen zeigten, sind gänzlich verschwunden. Der rühmliche Angriff der rumänischen Vojaren hat alle Proletarier überzeugt, daß es unbedingt notwendig ist, gegen jeden gegenrevolutionären Versuch der internationalen Bourgeoisie mit rücksichtsloser Härte vorzugehen. Die ungarische sozialistische Partei ist einheitlicher denn je.

Es kann festgestellt werden, daß die offene Sprache, die die Volksbeauftragten führten, die Lage der Räterepublik in auherpolitischer Hinsicht keinesfalls nachteilig beeinflußt hat. Sie ist kein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke, und es darf erwartet werden, daß sie die Entente nötigen wird, in Bezug auf ihre Absichten gegenüber Ungarn offen Worte zu bekennen.

Die Lage an der Front hat sich wesentlich gebessert. Die Rote Armee hat sich gefestigt und vermochte nicht nur die weiteren Angriffe der rumänischen Armee abzuwehren, sondern es gelang ihr an vielen Stellen, zum Gegenangriff überzugehen und mehrere Tage zuvor geräumte Städte wieder zu besetzen.

Telegr. Korr.-Bureau meldet: Die Rumänen sind im Laufe des gestrigen Tages auf der Linie Nagymaros-Ermschaltfalva-Borscheno stehen geblieben und bloß im oberen Theilstale bis Nagymaros vorgezogen. Im übrigen Lage unverändert.

Bela Kun über die Lage.

Budapest, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.) In der Sowjet-Sitzung führte Bela Kun aus: Die rumänische Offensive ist in Zug gesetzt worden. Unsere Truppen waren teils an der Front erschöpft, teils ungeschulte Truppen. Die rumänische Offensive ist, nach den Anzeichen zu schließen, derzeit gescheitert. Spatarmement ist gefallen. Dort herrscht nach dem Erfolge der rumänischen Offensive bereits die Diktatur der Bourgeoisie. Die rumänischen Truppen stehen unmittelbar vor den Toren von Nagymaros. Ein sehr kleiner Teil unserer Truppen hat seinen Mann gestellt und hat bis zum letzten Blutstropfen gekämpft. Ein anderer Teil dagegen hat seine Stellungen verlassen, und die Verbände haben sich aufgelöst. Die Lage in Debrecen kann uns zum Trost gereichen. Dort hat die Arbeiterschaft die Gegenrevolution niedergeworfen. Sie hat sich die Macht nicht nur nicht entwinden lassen, sondern hat sie heute fester denn je in der Hand. Gegen Pestschaba ist die Kriegslage ebenfalls schlimm. Auch dort hat sich ein Teil der Truppen aufgelöst. Ein anderer Teil hält sich aber noch. Die Rumänen greifen überall mit Uebermacht an. Sie sind besser bewaffnet und vollkommener ausgerüstet als die Armee des jungen Proletariats. An andern Punkten ist die Offensive einflusslos noch nicht im Zuge.

Bela Kun an Balfour.

Budapest, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.) Volksbeauftragter Bela Kun hat auf ein Telegramm Balfours bezüglich der Vertretung der materiellen Interessen der in Ungarn lebenden ausländischen Staatsangehörigen folgende Antwortbescheide gegeben: In Beantwortung Ihrer telegraphischen Postkarte vom 19. April erkläre ich höflichst, daß die ungarische Sowjetregierung volle Verantwortung für die Durchführung Ihrer Maßnahmen übernimmt, laut welchen fremden Staatsbürgern gestattet ist, ihr Geld und ihre Wertpapiere in ungarischen Banken zu besetzen. Ebenso werden fremde sommerzeitliche Unternehmungen und Banken nicht sozialisiert. Hat sich irgendein Fall ereignet, der diesen Maßnahmen widerspricht, so ist die ungarische Sowjetregierung zur Wiedergutmachung bereit. Ich schlage vor, daß wirtschaftliche Kommissionen der Entente nach Budapest entsendet werden, um diese Fragen zu behandeln und zu erledigen.

Frankreich und Deutschland.

eg. Wiederholt und gerade in den letzten Monaten seit der Revolution ist in unseren Reihen das Erstaunen darüber zum Ausdruck gekommen, daß unsere französischen Genossen sich viel zu wenig darum bemühten, einen gerechten und erträglichen Frieden für das zusammengebrochene und doch nunmehr demokratische Deutschland zu erwirken. Man wunderte sich oft genug darüber, daß man in Frankreich seinerzeit, genau wie bei uns, nur an einem Verteidigungskampfe sich zu beteiligen vorgab, daß man jedoch nach dem Siege — genau wie bei uns anlässlich des Brest-Litowsker Vertrags — den unerlösten imperialistischen Bestrebungen sich nicht entgegenstellte. Man ist gewohnt, Frankreich als das klassische Land der Revolutionen anzusehen, und man hatte, im Stillen und ganz offen, gehofft, daß nach der Vertreibung der Hohenzollern das französische Proletariat sich wie ein Mann erheben würde, um in Westeuropa die soziale Revolution zum Siege zu führen. Nun ist man bitter enttäuscht, enttäuscht auch darüber, daß die Preisprechung des Mörders von Jaurès, die die französische Arbeiterschaft als ehrenhaftesten Schlag ins Gesicht hätte empfinden müssen, nicht den Sturm der Entrüstung entfacht hat, den man erwartete. Weiße Kreise vertrauen bei uns darauf, daß das französische Volk, wie es so und so oft feierlich verkündet hatte, am deutschen Volke keine Rache, keine Wiedervergeltung üben, daß es dem deutschen Volk gegenüber Mitleid, Nachsicht und Gerechtigkeit üben würde. Statt dessen berichtet die Presse von Ausbrüchen leidenschaftlicher Rachegeister, blindwütigen Chauvinismus und maßlosem Imperialismus bei den Vertretern der französischen Regierung, die nicht allein Anspruch auf einen großen Teil der deutschen Kolonien, auf Elsaß-Lothringen, das Saarrevier und womöglich das ganze linke Rheinufer erheben, sondern auch in Polen sozusagen eine französische Filiale, eine französische Feldwachstellung sich zu schaffen suchen.

Es ist wahr, die meisten von uns haben von Frankreich, haben von dem französischen Volke, haben vor allem von der Sozialdemokratie Frankreichs etwas anderes erwartet.

Aber ehe wir den Stab über Land und Volk brechen, ist es doch zunächst unsere Pflicht, sie zu verstehen. Denn mit dem Märchen von der Erbfeindschaft, von der Rachegeier und dem Hoß des Gallertums gegen alles Germanische, mit dem hinterhältigen, brutalen französischen Charakter, wie unsere Altschulken sie als Wurzel dieser und aller vorangegangenen Kriege darzustellen pflegen, kommen wir nicht weiter. Erst wenn wir unsere westlichen Nachbarn begreifen — wir brauchen deshalb ihr Verhalten noch lange nicht zu billigen —, werden wir imstande sein, zwischen ihnen und uns wieder eine Brücke zu schlagen. Wir müssen uns dabei allerdings von vornherein auch hüten, jeder Pressenachricht überbedingten Glauben zu schenken. Auch Ebert-Scheidemann-Roske und ihre Drahtzieher sind Chauvinisten, und ihre Presse arbeitet ebenso tendenziös wie unter dem alten Regime mit sehr geschickt zusammengestellten Auschnitten und Latarenachrichten aus französischen Zeitungen, indem sie darauf rechnet, daß im Lande und in den Redaktionen französische Zeitungen im Original entweder nicht gelesen oder nicht richtig verstanden werden.

Daß in den weltweiten Kreisen des französischen Volkes noch heute ein wilder Haß gegen das deutsche Militär, gegen die deutschen Machthaber von gestern (und auch von heute) lodert, ist durchaus begreiflich. Mag sein, daß aus der Rabinetsperspektive die Dinge anders ausfallen, selbst zugegeben, daß die französische Regierung im Juli 1914 nicht allein auf einen Krieg gefaßt war, sondern ihn sogar vorbereitete — das kann man wohl mit gutem Grunde von allen imperialistischen Regierungen sagen —, so war doch das französische Volk, und ist es heute noch, der seltenen Ueberzeugung, daß es das Opfer eines heimtückischen, verbrecherischen Ueberfalls geworden ist. All die Alarmnachrichten, die Ende Juli, Anfang August 1914 durch die deutsche Presse gingen, die von Mund zu Mund mit den unsinnigsten Ueberreibungen weitertransportiert wurden — der französische Fliegerangriff auf Nürnberg und Mannheim, Ueberfälle auf deutsche Korpostellungen und dergleichen —, und die den Vorwand für die Kriegserklärung an Frankreich abgaben, haben sich mittlerweile als tendenziös erfundene Ammenmärchen entpuppt. Bei den Franzosen war es keine künstlich entfachte und genährte Kriegspychose, die zu den Waffen rief, sondern echte Empörung über Hinterlist und Vertrauensbruch.

Und dazu füge man das, was dieses Volk, und gerade dieses Volk während des Krieges an Entsetzlichem ertrug. Man spricht von dem verwüsteten Belgien, von den Unmenschlichkeiten, die seine Bewohner ertragen mußten. Ihr Land war selbst in den Teilen, die vom Kriege am meisten mitgenommen waren — von dem äußersten flandrischen Winkel abgesehen —, ein blühender Garten gegenüber der Wüste, die der Kampf in Nord- und Westfrankreich schuf; und was die Belgier ertrugen, kann sich mit dem Schicksal der von der Invasion betroffenen französischen Bewohner nicht im entferntesten messen. Wer die Schlachtfelder in Frankreich, diese Irilder des wüsten Chaos, gesehen hat, wird nur mit Schauern daran zurückdenken. Kilometer auf Kilometer ist kein Stein auf dem andern, ist kein Baum und Strauch unverfehrt, keine Straße, kein Brunnen unversehrt geblieben. Wo blühende Dörfer und Fluren sich dehnten, wo Fleiß und Frohsinn wohnten, blieb ein eisenhagelgeprüftes Trümmerfeld zurück, das auf Jahre und Jahrzehnte hinaus der Wiederherstellung trocken wird. Dergleichen vergeht sich nicht. Was den Menschen Leids zugefügt wurde, was sie an Unbill und Demütigungen und Grausamkeiten zu erdulden hatten, das vergeht sich eher, das wird spätestens mit der lebenden Generation zu Grabe getragen. Die Wunden, die dem Lande geschlagen wurden, vernarben nicht so schnell; und denen, die sie geschlagen haben, wird noch der Entel fluchen. Das gilt für den Bauern, der sein Ackerland verlor, wie für den Industriearbeiter, der bei seiner Rückkehr, wenn er überhaupt zurückkehrte, die Schächte eröffnet und von seiner Arbeitsstätte laum den Platz wieder fand.

Das sind psychische Imponderabilien, mit denen man auch in der Politik rechnen muß. Und es ist durchaus begreiflich, wenn das französische Volk nur mit größtem Schauer die Möglichkeit einer Wiederholung all dieser Schrecken am Horizont auftauchen sieht, wenn es glaubt, sich mit allen Mitteln gegen eine solche Wiederholung sichern zu müssen. Die französische Forderung auf Rückgabe Elsaß-Lothringens, Auslieferung des Saarreviers, Neutralisierung des gesamten linken Rheinufer, so unberechtigt diese Forderung an sich in politischer, wirtschaftlicher und nationaler Beziehung sein mögen, sie ist doch erklärlich aus dem Gefühl der Furcht heraus, Deutschland könnte nun seinerseits aus Rache einen zweiten Ueberfall versuchen. Und die Vertreter des französischen Imperialismus, die für den Vertreter des französischen Imperialismus, der öffentliche Meinung des Landes für ihre Annexionsgelüste zu gewinnen, indem sie auf die Notwendigkeit und Möglichkeit hinweisen, Frankreich am Rhein zu verteidigen; das linke Rheinufer soll eben weiter nichts als ein Wallis für die weiter zurückliegende französische Festung sein.

Genährt wurden diese Forderungen durch das begriffliche Mistrauen, das man der gegenwärtigen deutschen Regierung überhaupt im gesamten Ausland entgegenbringt und nach den Erfahrungen in der Vergangenheit und Gegenwart auch entgegenbringen muß. Es ist wirklich kein Wunder, daß unsere Feinde sich gegen Erzbergerei, Scheidemannbübel und Roskegarden nach Sicherungen umsehen. Daß die Entente nicht die gesamte deutsche Friedensdelegation in der heiligen Zusammenkunft von vornherein ablehnt, setzt schon in Erstaunen.

Daß diese psychische Einstellung des französischen Volkes von seinen Annexionspolitikern mißbraucht wird, steht außer Zweifel. Aber diese Annexionsgelüste, auch die harte Mannigfaltigkeit dieser Annexionsgelüste, haben einen sehr realen Hintergrund. Hinter ihnen steht zunächst einmal die französische Industrie, vor allem die Schwereisenindustrie mit verwandten Betrieben, die in Nordfrankreich ihren Sitz hat. Deutschland hat versucht, sie systematisch zu ruinieren. Der deutschen Schwereisenindustrie war die westliche Konkurrenz schon lange ein Dorn im Auge. Nun bot der Krieg eine Handhabe, den wirtschaftlichen Gegner unschädlich zu machen. Unter dem Vorwand, daß der deutschen Eisenindustrie Altschrott als Schmelzmaterial zugewiesen werden müsse, ging eine „Niederlegungs-kommission“ daran, alles Eisen aus allen Betrieben der besetzten westlichen Gebiete systematisch auszubauen. Sie sorgte das so gründlich, daß nur einer Eisenstange willen ganze Gebäude bis ins Fundament hinein niedergehauen wurden, daß kein Stein auf dem andern blieb. Auf diese Weise hoffte man, nach dem Kriege wenigstens fünf oder zehn Jahre vor der westlichen Industrie Ruhe zu haben und während dieser Zeit ihre Absatzmärkte für sich zu erobern. Der Plan war klug ausgefaßt, aber man hatte die Niederlage nicht in die Rechnung miteinbezogen. Und nun „rühern“ sich die französischen Großindustriellen ihrerseits. Sie verlangen restlose Wiedergutmachung, sie erhalten neue, moderne an Stelle ihrer teilweise stark veralteten Betriebe, und sie stellen die deutsche Industrie ihrerseits durch Einverleibung hochindustrieller, bisher deutscher Gebiete kalt. Von diesem Standpunkt aus ist es auch begreiflich, daß sich Frankreich wenigstens die Kohlenproduktion des Saarreviers sichern will, einmal, um Elsaß-Lothringen damit zu versorgen, dann aber auch, um ein Kompensationsobjekt oder ein Tauschpfand zu haben; denn die französische Hüttenindustrie wird nach wie vor auf den Import von westfälischem Koks angewiesen sein, da sich die Saarlothie nur schlecht zur Verkokung eignet.

Sind die Annexionswünsche auf dem linken Rheinufer hauptsächlich von der französischen Großindustrie bestimmt

so wieft anderwärts das französische Finanzkapital. Frankreich ist nicht so industriell entwickelt, daß aus nur ein nennenswerter Teil des Kapitals für Neuanlagen und Betrieb industrieller Anlagen erforderlich ist. Das überschüssige Kapital fließt bei den Banken zusammen, und die Banken bemühen sich um gewinnbringende Anlagemöglichkeiten. Frankreich hatte vor dem Kriege etwa 50 Milliarden Mark im Ausland angelegt, davon ein Fünftel allein in Rußland. Zum mindesten ein großer Teil des in Rußland angelegten Geldes ist als verloren zu betrachten. Und es ist leicht begreiflich, daß das französische Finanzkapital davon zu retten sucht, was zu retten möglich ist. Eine Möglichkeit erblickt es in der Finanzierung der Tschecho-Slowakei und Polens, die als Sturmböden gegenüber Rußland gebacht sind. Vor allem sucht Frankreich die Stellung Polens auszubauen. Es ist weniger ein Plan Polens, als ein französisches Projekt, wenn Polen durchaus den Weichselkorridor durch rein deutsches Gebiet und Danzig dazu für sich beansprucht. Das soll die Eingangspforte für das französische Kapital sein; nach hier soll sich das durch Frankreich finanzierte polnische Eisenbahnnetz orientieren, von hier aus könnte der französische Import nach Polen hineingeleitet werden. Dazu kommt, daß Frankreich noch erhebliche Interessen in Polen von früherer Zeit her hat, ein Teil der Kohlengruben, der schwerindustriellen Werke und der Textilfabriken ist im Besitze französischen Kapitals. Ebenso wie hier sind auch die Annektionsbestrebungen Frankreichs in Kleinasien und Westafrika finanzkapitalistisch begründet; in Kleinasien erhofft es eine fruchtliche kapitalistische Durchdringung unter dem Deckmantel der Kultur, in Afrika nähern sich seine Pläne auf Bildung eines französischen Nordwestafrika vom Kongo bis nach Algier der Verwirklichung.

Das alles erklärt natürlich noch nicht, warum die französische Sozialdemokratie den Annektionsbestrebungen ihrer Regierung so geringen Widerstand entgegensetzt. Wir dürfen uns jedoch in bezug auf die sozialistische Bewegung in Frankreich keinen allzu großen Illusionen hingeben. Frankreich hatte wohl von jeher glänzende sozialistische Führer, aber der Anhalt der Offiziere entsprach nicht die der Soldaten. Die Franzosen sind in den meisten Teilen des Landes Kleinbürger, nach Lebensweise und Lebensauffassung. Der Sparer ist der Typus des Franzosen, und sein Ideal ist der kleine Rentier. Selbst Städte wie Marseille, Toulon, Lyon weisen nach unsern Begriffen eine geradezu miserable Parteibewegung auf. Nur Nordfrankreich ist genügend proletarisiert, um proletarisch-revolutionäres Empfinden zu erzeugen, und Nordfrankreich ist heute eine Wüste. Die französische Sozialdemokratie hat aus inneren Gründen, die in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes begründet sind, nicht den Einfluß und die Macht, um von sich aus eine proletarische Revolution durchzuführen; sie wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl mit gehen, wenn Italien, England und Belgien sich erheben, sie wird jedoch keineswegs voranzugehen.

Geschäft und Patriotismus.

Solange die gewinnreiche Kriegswirtschaft und die lockende Aussicht auf Annektionen bestand, waren Vaterland und Patriotismus für die kapitalistische Bourgeoisie die heiligsten Güter, das heißt: die glänzendsten Handelsartikel. Als aber die imperialistische Blutorgie fehlschlug und die Wogen der Revolution alles zu verschlingen drohten, pfliffen die Kapitalisten auf die „heiligsten Güter“, denn sie hatten den Kurswert, die bare Zahlung verloren. Die große Flucht des Kapitals ins Ausland begann, die dem deutschen Volke abgepreßte Riesenbeute mußte vor dem Gespenst des Sozialismus in Sicherheit gebracht werden.

Ein wertvoller Beitrag zu dieser nackten Geldsadopolitik der deutschen Bourgeoisie ist das Vorgehen der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, des größten deutschen Montantrusts. Die am 24. d. M. stattfindende Generalversammlung dieses Unternehmens hat auf der Tagesordnung den folgenden Punkt: „Ermächtigung des Vorstandes zur Veränderung des linksrheinischen Bergwerks- und Hüttenbetriebes.“ Als Käufer wird ein französisch-luxemburgisch-belgisches Finanzkonkordatium genannt, an dessen Spitze Schneider-Creusot, der französische Krupp, steht. Der linksrheinische Bergwerks- und Hüttenbetrieb der Gelsenkirchener Gesellschaft ist nun keineswegs eine Bagatelle, sondern es handelt sich um Anlagen von hohem technischen und finanziellen Wert, darunter die Adolf-Emil-Hütte in Esch, der modernste Hüttenbetrieb. In Betracht für den Verkauf kommen die folgenden 7 Positionen:

1. Stahl- und Eiswerkeanlagen Rothe Erde;
2. Drahtfabrik in Eschweiler;
3. Adolf-Emil-Hütte in Esch;
4. Pochwerke-Anlagen in Esch;
5. Pochwerke-Anlagen in Deutsch-Dill;
6. Erzhängereisame und Anlagen in Esch;
7. Die Beteiligung an französischen Erzkonzessionen.

Der Marktwert dieser 7 Unternehmungen steht mit 100 Millionen Mark zu Buch. Zur Rechtfertigung des eiligen Verkaufs dieses Riesenobjekts teilt die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Leitorgan der Prozentpatrioten, folgendes mit:

„Die Verwaltung gibt als Erklärung für ihr Vorgehen an, daß sie in erster Linie die Belange ihrer Aktionäre zu berücksichtigen habe, sie ist wenn dadurch vaterländische Interessen beeinträchtigt werden sollten. Nach den Maßnahmen unserer Hande gibt es aber nach ihrer Ansicht keine Möglichkeit, ihren Anteil zwischen dem Vaterlande zu erhalten.“

Welch widersinniges Gemisch von zynischer Offenheit und jauchender Heuchelei spricht aus diesen beiden Sätzen! In dem ersten Satz triumphieren die „Belange ihrer Aktionäre“ über die „vaterländischen Interessen“, in dem zweiten Satz die „Maßnahmen unserer Hande“ gegen das „Vaterland“! Dabei bezieht sich die Gelsenkirchener Gesellschaft, ihren „unsern Feinden“ gegen bare Zahlung schon auszuweisen, honor das Schicksal des linken Rheinufers überlassen, entschließen ist; wenn die Entente sich über die Zugehörigkeit des linksrheinischen Gebiets noch nicht schlüssig geworden sein sollte, so wird ihr durch das gemeingefährliche Treiben deutscher Kapitalistenkreise geradezu der Anreiz zur gewalttätigen Aneignung gegeben. Und wenn der Begriff des Schwerechts jemals einen vernünftigen Inhalt hatte, so trifft er auf diese in aller Stille abspielende „Transaktion“ zu.

Aber die „revolutionäre“ Regierung des „neuen“ Deutschland hat nicht den geringsten Wunsch, gegen das kap-

italistische Gefindel vorzugehen, das die deutsche Wirtschaft aus Furcht vor der Sozialisierung plamäßig sabotiert und deutsche Werte in größtem Maße an das Ausland verschachert; die Ebert-Scheidemann-Roste haben alle Hände voll zu tun, das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen, — wie sollten sie da noch Lust und Neigung verspüren, gegen die Kirdorf und Hugenberg, Sinnes und Thyssen vorzugehen?

Die Vorliebe des deutschen Kapitals für ausländische Anlagemöglichkeiten ist insolge der Sozialisierungsgesahr heute allgemein. In den Börsen werden nur noch Auslandswerte begehrt und gehandelt. Wie nachstehende Zahlen zeigen, schnellen deshalb die ausländischen Papiere mächtig in die Höhe, die ein Beispiel nur haben in dem schwindelhaften Steigen der Rüstungsaktien während des Krieges:

	Frieden:	Jetzt:
Holland	170	492
Dänemark	112	300
Schweden	112	320
Norwegen	112	310
Schweiz	81	244

Daraus ist deutlich genug zu ersehen, in welchem Maße das deutsche Kapital die deutsche Volkswirtschaft flieht, wie flüchtig es ins Ausland drängt. Und diese Kreise wagen es, dem Arbeiter Moral zu predigen!

Roske schreitet die Front ab.

Aus der „Berliner Post, Zeitung der Freiwilligen-Brigade Rheinhard“, Nr. 10:

Gestern vormittag fand auf dem Moabitler Exerzierplatz eine Besichtigung der 1. Reichswehr-Brigade durch den Reichswehrminister statt. Zu der Besichtigung waren sämtliche Formationen der Brigade zur Stelle.

Gegen 9.30 Uhr vormittags erschien an der Besichtigung der Reichswehrminister Roske und der Führer des Garde-Kav.-Schützenkorps Exzellenz v. Hofmann mit ihren Adjutanten. Nach der Begrüßung mit dem Brigade-Kommandeur Oberst Rheinhard schritten die Herren die Fronten der einzelnen Formationen (des mobilen 2. und 4. Garderegiments, des mobilen Garde-Artillerie-Regiments und der mobilen 2. Manen) ab. Dann ergriff der Reichswehrminister das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte, daß die freiwilligen Truppen in den letzten Tagen von radikaler Seite in ganz besonders unerhörter Weise geschmäht wurden. Er versicherte, daß die Reichsregierung diese verbrecherische Tätigkeit der Gegner aufs schärfste verurteile und alles tun werde, den Freiwilligen die ungeschmälerten staatsbürgerlichen Rechte zu erhalten. Ferner: sagte der Reichswehrminister:

„Es wird von unsern Gegnern versucht, Zwietracht in die Reihen der Freiwilligen zu tragen, auch wird behauptet, daß die Freiwilligen nur dazu da seien, um eines Tages die Reaktion herbeizuführen und dem Volk die erzwungene Freiheit wieder zu rauben. Das ist Unsinn. Kein Mensch denkt daran, gegen das eigene Volk in dieser Weise vorzugehen. Ich bin überzeugt, daß die Freiwilligen auch weiter ihre Pflicht tun werden, nicht der Regierung oder einzelnen Persönlichkeiten zuliebe, sondern aus tiefer Liebe zum Vaterlande, um ihm endlich die so nötige Ruhe und Ordnung wiederzugeben.“

Weiter versicherte Reichswehrminister Roske, daß die Freiwilligen um ihre Zukunft unbesorgt sein könnten und änderte an, daß die Reichsregierung für eine gute sekundäre Lage von Rannschäften, Unteroffizieren und Offizieren Sorge tragen werde. Zum Schluß gab er seinem Dank für die bereits geleisteten treuen Dienste Ausdruck und knüpfte daran die Hoffnung, daß die Freiwilligen auch weiterhin ihre Pflicht erfüllen mögen. An die Rede schloß sich ein Vorbeimarsch sämtlicher Formationen im Gleichschritt an. Die Besichtigung dauerte etwa eine Stunde.

Auch an andern Orten, so im Seennelager bei Paderborn, hat Herr Roske Parade über die Weißen Garben abgehalten.

Belgischer Sozialistenkongress.

Amsterdam, 21. April. Nach einer Novab-Neuter-Meldung aus Brüssel vom 20. April nahm der belgische Sozialistenkongress eine Tagesordnung an, in der es heißt, die belgische Arbeiterpartei spreche sich gegen Zollschranken beim Abschluß von Verträgen oder Konventionen aus und fordere die Regierung auf, sich auf der Friedenskonferenz in dieser Hinsicht kräftig einzusetzen.

Weiter wurde ein Antrag zu Ehren des Gedächtnisses Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Rosa Luxemburgs und Jaurès angenommen.

Sobann entschied sich der Kongress fast einstimmig für folgende Tagesordnung: Die belgische Arbeiterpartei hat niemals ausgehört, eine internationale Aktion des Proletariats als einen wesentlichen und notwendigen Bestandteil der sozialistischen Bewegung zu betrachten, und bleibt Anhänger der zweiten Internationalen. Sie erklärt, in Erörterungen über die Teilnahme am Kongress von Luzern einzutreten, sobald sie weiß, wie, von wem und unter welchen Bedingungen diese Verammlung einberufen ist. Sie hält dafür, daß das neue von der Ferner Konferenz geschaffene Vollzugsorgan am 25. April in Amsterdam zusammenzutreten soll und daß die belgische Arbeiterpartei sich auf dieser Konferenz vertreten lassen wird. Der Kongress beauftragt seine Abordnung beim internationalen sozialistischen Bureau, sich mit den Einberufern der geplanten Versammlung ins Benehmen zu setzen und sich mit ihnen über eine möglichst schnelle Wiederkehr der ordnungsmäßigen Lage zu verständigen. Der Kongress ist der Ansicht, daß kein Grund besteht, das Bureau nicht in Brüssel zu belassen, und daß das Vollzugsbureau wieder in seine Beschlüsse einbezogen werden soll. Es besteht die Absicht, es zu verlassen, aber nicht als Mitglied der Internationalen seine Anwesenheit zu geben. Es gebe nicht zwei Internationalen, die von einer schließlichen Sozialisten aus, und die schließliche sei mit Recht aus dem Sozialismus sei eine Verneinung des Sozialismus. In Luzern würde man sich mit den Abordnungen von 22 Völkern treffen. Sich an diese Internationalen nicht anzuschließen bedeute, nationaler Sozialist und Patriot und nicht weiter als Patriot zu bleiben. Er bleibe bei der Internationalen. (Beifall.)

Der Kongress faßte einstimmig den Beschluß, daß die internationalen Beziehungen wieder aufgenommen werden müßten und lehnte mit starker Mehrheit eine Tagesordnung ab, die behauptet, daß der Kongress sich über keine Teilnahme am Luzerner Kongress nicht schlüssig machen könne, weil er nicht weiß, von wem und unter welchen Bedingungen diese Verammlung einberufen ist. Die Ablehnung dieses Antrages wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Deutschland.

Die Genossen Dertter und Schardt freigelassen.

Braunschweig, 22. April. Die früheren Vollzugsbeauftragten Dertter und Schardt sind auf Anordnung des Reichswehrministers aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen sie wird dadurch nicht berührt.

Die beiden Genossen Dertter und Schardt haben nicht das mindeste verbrochen. Das angebliche Verbrechen gegen sie soll nur verübt worden, daß sie durch die Willkür Raetters und seiner Soldateska in Schubhaft genommen wurden ohne jeden Rechtsgrund.

Das Verfahren gegen den Genossen Bedebour.

Die Anklageakte gegen den Genossen Bedebour ist in den nächsten Schwurgerichtssitzung am Landgericht I zu Berlin zur Verhandlung gelangen, und zwar im Mai.

Kleine Auslandsnachrichten.

Neue imperialistische Bündnispolitik.

Paris, 22. April. (Reuter.) Die in französischen Kreisen verläutet, wache der Plan eines Dreienbündnisses zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten fortgeschritten. Das Bündnis sei nur für die Abwehrenden anwendbar und solle eine sofortige militärische Aktion zu Lande und zu Wasser in dem Falle vor, daß Deutschland den Friedensvertrag bezüglich der demilitarisierten Zone nicht des Akzess bricht.

Politischer Streik mit Arbeiterratsbildung in Irland.

Rotterdam, 22. April. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet, daß der Streik in Eimrick (Irland) stärkere Formen annimmt. Das Streikkomitee sei tatsächlich ein Sowjet. Es hat die Verwaltung der Stadt in Händen, beaufsichtigt den Verkehr und regelt die Preise. Die Eimrickerorganisation arbeitet Hand in Hand mit den irischen Arbeitern. Sie hoffen, den Streik über ganz Irland auszubreiten.

Unruhen in Kegypten.

Amsterdam, 22. April. Allgemeines Handelsblatt zufolge meldet der Korrespondent der Times in Kairo, daß das energische Auftreten der Behörden und die verhängten Strafen eine gute Wirkung gehabt hätten. Die Besserung der Lage sei aber unvollständig, nur eine oberflächliche Erscheinung. Den Schlüssel zur Lage bilde Kairo selbst, das noch immer der Mittelpunkt der auführerischen Agitation sei.

Die Unruhen in Indien.

Delhi, 22. April. (Kanad.) Der Aufstand dauert an. Die Bevölkerung zeigt eine rebellische Haltung. Im Bezirk Gujaramalla fand eine schwere Meuterei statt; der dortige Bahnhof wurde zerstört.

Berlin, 22. April. Die englische Presse vom 10. April berichtet über ein weiteres Umschlagreifen der Unruhen in Indien und Kegypten. Es lasse sich nicht mehr leugnen, daß es sich um eine offene, organisierte Rebellion handle; besonders hätten es die Auführer auf die Zerstörung strategisch wichtiger Verkehrsnotenpunkte abgesehen.

Telegraphistenstreik in Madrid. Reuter meldet aus Madrid vom 16. April: Der telegraphische und telefonische Verkehr, einschließlich der drahtlosen Verbindung, ist um Mitternacht vollkommen eingestellt worden. Die Telegraphisten fordern den Rücktritt des Ministers Raciona, dessen Entlassungsdiesem Maura anzunehmen abwart.

Wirtschaftliches.

Die Kohlenpolitik der Regierung.

Im Berliner Tageblatt lesen wir nachstehende treffende Kritik der von der „sozialistischen“ Regierung betriebenen Kohlenpolitik:

„Der Denkschrift über die Finanzen des Deutschen Reiches in den Rechnungsjahren 1914 bis 1918, die der Reichsminister der Finanzen der Nationalversammlung kürzlich überreicht hat, ist eine Nachbemerkung über die Reichselnahmen und -ausgaben in den Rechnungsjahren 1913 bis 1917 beifügt. Daraus ist zu ersehen, daß die am 1. August 1917 in Kraft getretene Kohlensteuer, die im Rechnungsjahr 1917 (1. August 1917 bis 1. April 1918) einen Ertrag von 412 98 000 Mk. erbrachte, hat, in den Monaten April bis Dezember des Rechnungsjahres 1918 eine Einnahme von 576 844 000 Mk. erbrach. Rechnet man den mitwahrscheinlichen Ertrag der Steuer für das zum Rechnungsjahr 1918 noch gehörige Vierteljahr Januar/März 1919 hinzu, so würde sich ergeben, daß die Kohlensteuer für das ganze Rechnungsjahr 1918 noch mehr als 750 000 000 Mk. dem Reich eintrug hat. Bei der Verzehrung des Kohlensteuerertrages hatte man nur ein Durchschnittsergebnis von rund 500 000 000 Mk. den Verordnungen zugrunde gelegt. Die Erhöhung des Ertrages dieser Steuer ist nicht etwa auf eine Erzielung der Kohlenförderung zurückzuführen, die ja besonders in den letzten fünf Monaten des Rechnungsjahres infolge der Revolution, um damit verbundenen Streiks sowie der Verminderung der Förderleistung erheblich zurückgegangen ist. Was vielmehr so günstig auf die Erträge der Steuer eingewirkt hat, war die Erhöhung der Kohlenpreise. Diese hatten sich im Frieden durchschnittlich für Steinkohlen und Roßkohle auf 12 bis 18 Mk. gestellt. Sie betrugen zur Zeit des Anstiehs der Kohlensteuer, also Mitte 1917, etwa 17 bis 25 Mk., während sie am 1. Januar 1919 sich auf 40 bis 60 Mk. stellten. Mit den Kohlenpreisen ist natürlich auch die Kohlensteuer, die ja nicht vom Gewicht, sondern vom Wert erhoben wird, entsprechend gestiegen. Da sie in Höhe von 20 Proz. von den Verkaufspreisen der Kohlen erhoben wird, stellte sie sich im 1. Quartal 1919 auf 9-12 Mk. Sollte das Kohlenpreisenbildet die zum 1. April 1919 beschlossene weitere Erhöhung der Preise durchgeführt — und mit einer Durchführung des Beschlusses ist angesichts der neuen Lohnforderungen im Ruhrgebiet trotz des Einspruchs des preußischen Handelsministers in absehbarer Zeit leider zu rechnen —, so würden die Kohlen- und Kohlensteuer sich weiter auf 60 bis fast 80 Mk. erhöhen, und die 20proz. Kohlensteuer hieran würde sich auf 12 bis 16 Mk. pro Tonne stellen. D. h. also, die Kohlensteuer allein würde dann ebenso hoch sein wie die Kohlenpreise überhaupt vor dem Kriege gewesen sind.“

Das Berliner Tageblatt sagt hierzu: Wir glauben, daß auch der Reichsstaats diese Entwicklung, trotzdem sie ihm hoch Erträge bringt, nicht mit besonderer Genugtuung befehlen wird; denn Kohlenpreise, wie die jetzigen, müssen die Extrahabilität und damit die Steuerkraft der gesamten Wirtschaft außerordentlich beeinträchtigen und dies bedeutet für den Fiskus einen schweren Schaden, der die Vorteile, die sich aus dem hohen Ertrag einer einzelnen Steuer ergeben, für die Dauer überwiegen muß.“

Das ist selber nur allzu richtig. Aber die Demokraten sitzen ja mit in der Regierung und haben sich bislang auch nicht aufzuheben können, eine verminderte Steuerpolitik zu treiben. Da die Kohlen trotz der hohen Steuer noch Profit machen, so trifft diese Kohlenpolitik mit voller Wucht die Verbraucher, am stärksten die werktätige Bevölkerung.

Zur Herabsetzung des Zinsfußes bei den Sparkassen wird dem Leipziger Tageblatt mitgeteilt, daß die Frage einer Herabsetzung des Einlagezinsfußes in Sachen überhaupt noch nicht erörtert worden sei, daß auch eine Veranlassung zu ihrer Erörterung nicht vorliege. Denn in Rheinland-Westfalen einzelne Sparkassen an eine Zinsfußherabsetzung denken, so rühre das daher, daß dort einzelne Sparkassen 4 Proz. geben, während in Sachsen 8 1/2 Proz. landesüblich seien.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Albert F. die, Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Norddorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Chlorodont die bevorzugte Zahnpaste wird wunderbar erfrischend, macht misfarbene Zähne nach kurzem Gebrauch blendend weiß.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. April.

Bekanntmachung

des Großen Arbeiterrats betr. Tanzverbot am 1. Mai sowie Freihaltung der Säle für Versammlungen.

1. Jeder Tanz in öffentlichen Lokalen, geschlossene Tanzveranstaltungen, sowie auch Tanzstunden und Tanzstundenkreisen werden vom Großen Arbeiterrat Leipzig für den 1. Mai verboten.

2. Für die Abhaltung von Versammlungen sind für die Tage Dienstag und Freitag in der Woche die Versammlungssäle freizuhalten.

Leipzig, den 22. April 1919.

Großer Arbeiterrat Leipzig. Dr. Genet. Schöning.

Parteiangelegenheiten.

Zur Maiseier.

Zur Durchführung der Maiseier, besonders zur Leitung der Abendveranstaltungen, macht sich die Bildung örtlicher Maiseierkomitees in den einzelnen Bezirken notwendig. Die Bezirksvertrauensleute werden deshalb ersucht, sofort die Bildung dieser Komitees vorzunehmen...

12. Kreis. Die Genossen und Genossinnen werden hierdurch nochmals auf die morgigen, Donnerstagsabend, im Volkshaus tagende Hauptversammlung aufmerksam gemacht.

13. Kreis, L.-O. Freitag, abends 7/8 Uhr, Sitzungen der Funktionäre von Neuhäselndorf im Sophienstädtchen, Konradstraße, Neuhäselndorf im Goldenen Löwen, Meißner Straße, Volkswaldhof bei Rähn, Hildegardstraße.

Südostbezirk. Die Vorsitzenden der Ortsvereine nehmen in der am Freitag, dem 25. April, stattfindenden Versammlung im Gasthof Kreuzendubn ihre Markkarten entgegen.

Das gute Mehl für die Reichen — das schlechte für die Armen.

In Leipzig wird jetzt amerikanisches Weizenmehl ausgegeben. Der Preis ist ungeheuerlich hoch; er beträgt für das Pfund 2.40 M. Zum Einkauf wird das Mehl mit 1 M. bezahlt. Dieser unerhörte Zuschlag läßt sich nicht auf das Fehlen der Saluta, sondern auf eine sehr merkwürdige Preis- und Ernährungspolitik des „sozialistischen“ Reichsernährungsministers Schmidt zurückführen.

Die Zahlungsfähigen werden also ein vorzügliches Nährmittel laufen können, während diejenigen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, mit dem schlechten Mehl vorliebnehmen müssen. Dabei haben sie bisher am meisten gehungert, sie sind überdies weit mehr heruntergekommen als die Wohlhabenden, so daß gerade die widerbemittelten Schichten das amerikanische Mehl bekommen müßten.

Der Leipziger Bevölkerung wird deshalb vom Rat bekanntgegeben, daß auf Grund nachträglicher Anordnungen der Reichsgetreidestelle den Verbrauchern freigestellt wird, statt des amerikanischen Weizenmehls zu 1.20 M. für 1/2 Pfund, inländisches Weizenmehl 4 Prozentiger Ausmahlung zum Preise von 15 Pfg. für das halbe Pfund anzumelden.

Kleine Chronik.

Expressionistische Elemente in der Kunst der Gegenwart war das Thema, das Prof. Dr. Arnold Schering in Leipzig am Sonntag in der Vortragsreihe zur Einführung in die Kunst der Gegenwart (Schülerverein) behandelte. Er wies zunächst darauf hin, daß Leipzig, als Musikstadt an seiner Tradition festhaltend, dem musikalischen Publikum bisher so gut wie keine Gelegenheit geboten habe, expressionistische Kunst zu hören...

„Bei der Verteilung des Mehles habe ich die Absicht, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, neben dem guten teuren Mehl ein minder gutes zu billigeren Preisen zu kaufen. Ich nehme an, daß die bemittelte Bevölkerung vorzugsweise das teure Mehl kaufen wird, und das billige der minderbemittelten Bevölkerung überläßt.“ So Herr Schmidt — der „sozialdemokratische“ Reichsernährungsminister.

Gegen die Reaktion!

Bürgerliche Reaktionäre, militärische Gegenrevolutionäre und Mehrheitssozialisten kämpfen in trauriger Gemeinschaft gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, um den Arbeitern die Früchte der Revolution zu entreißen und die Durchführung der Revolution, die Befreiung der Arbeiterschaft aus ökonomischen Fesseln unmöglich zu machen.

entschlossenen Willen des gesamten revolutionären Proletariats

Die Arbeiterschaft darf die Anschläge der Reaktion nicht gleichgültig hinnehmen! Es gilt, Protest einzulegen und die gesamte Arbeiterschaft aufzurütteln für den Kampf gegen die Reaktion!

Die Leipziger Arbeiterschaft wird am Donnerstag und Freitag in

fünf Profestversammlungen

zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Sorgt für Massenbesuch!

wehren wollen. Immer weitere Kreise sehen ein, daß die Führer der Regierungsozialisten nur die Geschäfte der besitzenden Klassen besorgen, daß sie aus der Regierung fort müssen, und daß die Arbeiterklasse zur Diktatur greifen muß, um endlich menschenwürdige Zustände zu schaffen, wird durch solche Regierungsmethoden dem Proletariat eindringlich gelehrt.

Das freilustige Straßenbahnpersonal.

Die Leipziger Straßenbahner wollen nicht mehr für 61.82 M. (Zähler), 58.67 M. (Schaffner) und 47.77 M. (Schienenreiniger etc.) wöchentlich arbeiten, daher streiken sie seit einigen Tagen. Die Direktion der Straßenbahngesellschaft hat die Lohnforderungen und ebenso einen Vermittlungsvorschlag abgelehnt, weil diese Lohnforderungen 5-6 Mill. Mark jährlich ausmachen würden, was nur durch eine abermalige Tarifserhöhung erklärlich wäre.

Es ist selbstverständlich, daß die erhöhten Lohnforderungen, die etwa 5-6 Millionen jährlich ausmachen, nur durch erhöhte Fahrpreise ausgeglichen werden können. Schon ein paarmal in der letzten Zeit hat sich das Publikum diese Schröpfungen gefallen lassen müssen. Wie weit sollen diese Aberlässe noch getrieben werden? Würden die

gestellten Forderungen abermals bewilligt, die Fahrpreise aufs neue erhöht, so tritt der Zustand ein, daß die Straßenbahn von einem großen Teil des in den Vororten wohnenden Publikums, das zum überwiegenden Teil aus Arbeitern besteht, gemieden wird, weil die Staatsbahn es billiger tut. Aber auch das städtische Publikum würde die Benutzung des Instituts aufs äußerste einschränken und die notwendige Folge wäre eine noch weitere Finanzierung des Fahrpreises, die eine noch stärkere Entfremdung gegen die Straßenbahn nach sich ziehen würde.

Die „freilustigen Straßenbahner“ werden es nicht gleich begreifen, daß ein angeblich sozialdemokratisches Organ sich gegen die berechtigten Lohnforderungen einer schlecht bezahlten Arbeiterschaft wendet. Ob das Betriebskapital der Aktionäre gefährdet oder ob die Verstaatlichung der Straßenbahn durch die höheren Löhne erschwert wird, das sind Fragen, die erst in zweiter oder dritter Linie stehen.

Die „freilustigen Straßenbahner“ werden es nicht gleich begreifen, daß ein angeblich sozialdemokratisches Organ sich gegen die berechtigten Lohnforderungen einer schlecht bezahlten Arbeiterschaft wendet. Ob das Betriebskapital der Aktionäre gefährdet oder ob die Verstaatlichung der Straßenbahn durch die höheren Löhne erschwert wird, das sind Fragen, die erst in zweiter oder dritter Linie stehen.

Ergebnis

Table with 2 columns: Question and Answer. Includes 'Wieviel Betriebe sind insgesamt gemeldet?', 'sind dort Beschäftigte?', 'sind diese Beschäftigten?', etc.

Zur Verstaatlichung der Leipziger Straßenbahn.

Und wird geschrieben: In der bürgerlichen Presse wird gegen die Verstaatlichung der Leipziger Straßenbahnen Stellung genommen. Es wird behauptet, die Verstaatlichung sei für die Stadt nicht rentabel, oder sie würde den Fahrpreis verteuern. Das sind ganz falsche Ansichten. Der Fahrpreis würde auch dann erhöht, wenn die Straßenbahn im Besitz einer Aktiengesellschaft bliebe, denn keine Aktiengesellschaft läßt es sich einfallen, mit Verlust zu arbeiten.

Da die Sozialisierung aller großen Betriebe angestrebt wird, und Bezüge von 50 000 bis 100 000 M. und mehr für die Direktoren hoffentlich in Wegfall kommen, so lassen sich dann schon tüchtige Fachleute bei guter Bezahlung für städtische Betriebe finden. Vorgenannte Summen können selbstverständlich von einer Stadt nicht als Gehalt gezahlt werden, außerdem können aber auch die hohen, bei Aktiengesellschaften üblichen, in gar keinem Verhältnis zu ihren geleisteten Arbeiten stehenden, Gratifikationen der Aufsichtsräte gespart werden.

Salbe und Wein. In ein Drogengeschäft: Kommt ein kleines Mädchen und verlangt eine Salbe und Wein. „Salbe und Wein?“ fragt der Drogist verwundert, „wollt ihr etwa beides zusammen verwenden?“ — „Gewiß“, erwiderte eifrig die Kleine, „Mutter hat Vater mit einem Krug zurechtgewiesen!“

Eingelaufene Schriften.

Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Herausgegeben von Geh. Justizrat Prof. Dr. Heilbron. Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Berlin SW. Das Werk, von dem nunmehr 5 zum Teil sehr umfangreiche Lieferungen vorliegen, soll zur Verwirklichung der Arbeiten der Nationalversammlung dienen.

Kurt Anker, Hauptmann, Kronprinz Wilhelm. Verlag von Mittler u. Sohn, Berlin SW. 68. Preis 1 M. Elba Gustava Hennmann, Frauenkammerrecht und Wärfverfähdigung. Verlag Naturwissenschaften, Leipzig. Richard Walter, Der Ruh des Geldes. Gedanken über unsere Geldwirtschaft nach dem Kriege. F. C. Neupert's Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 18. Preis 50 Pfg.

Neues Theater (Wagnon). Den plägenden Vertretern des Wilhelm und der Wilke, Uhnann und Hansen-Schultze, gefolgt sich ebenfalls Rufe Moders-Wolf als Wagnon. Eine so vollkommene Fassung der drei tragenden Rollen wird man selten finden.

Altes Theater (Die verlorene Tochter). Della Drobol vom Stadttheater in Chemnitz zeigte sich als eine ganz famose Kellnerin voll prächtiger Selbstsicherheit; ihr temperamentvolles Spiel wirkte lebend und erfrischend und sicherte der Handlung glatte Abwicklung.

Die Bibliothek des Städtischen Kunstgewerbemuseums ist von heute an täglich geöffnet, Montags von vormittags 10 bis 2 Uhr.

und vom städtischen Elektrizitätswerk gespeist würde, zumal wenn in Leipzig das durch die Leipziger Volkszeitung voranschlagene Fernübertragungsprojekt zur Ausführung gelangte. Die für das Kraftwerk in Frage kommende Kohle würde für andere Zwecke frei, außerdem läme auch die Rauchgasreinigung in Wegfall. Eine sofortige Verstaatlichung der Straßenbahnen dürfte der Stadt nur von Vorteil sein. Die Uebernahme durch die Stadt darf aber nicht erst nach Jahren erfolgen, wenn die Straßenbahn schon alles Eisen geworden ist, sonst hat ja die private Gesellschaft noch die Möglichkeit, große Gewinne für sich herauszuwickeln.

Zur Leipziger Messe.

Wolfs Bureau meldet: „An Leipzig macht man sich auf einen ungeheuren und vielleicht sogar glänzenden Verlauf der Frühjahrsmesse gefaßt. Die Eisenbahnen verdrängen nach den vom Reichamt ein-gelegenen Grundbedingungen den Verkehr zu bewältigen. Auf den städtischen Bahnen sind keine Betriebsbeschränkungen erfolgt. Die preussischen und bayerischen Bahnen halten die Zusage, daß Sonderzüge für den Messerverkehr gefahren werden, aufrecht, und werden auch sonstige Fahrpläne dahingehend abstellen, daß der Besuch der Messe ermöglicht wird. Die Ernährung der Messbesucher ist selbst bei größtem Andrang sichergestellt. Die Erklärung von radikaler Seite, daß die Messe nicht gefeiert werden würde, hat die Besorgungen über den Verlauf der Messe zerstreut.“

Vom Reichamt ist verifiziert worden, daß die notwendigen Lebensmittel für die Messbesucher als besondere Zuweisungen aus den amerikanischen Lieferungen eingetroffen seien. Die Leipziger Einwohner würden in ihren Nationen durch die Messbesucher in keiner Weise beeinträchtigt. — Daß von amtlichen Stellen ausdrücklich auf die „Erklärung von radikaler Seite“ Bezug genommen wird, wies die Leipziger Bürgerzeitung mit dem Herrn Henke-Glückert ein Verweil sein, daß ihre Debe gegen die bösen Leipziger Unabgängeln noch immer nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat. Wenn dann die Messe vorbei ist, kann ja die Debe von neuem losgehen.

Eine Iendenznahme Attacke gegen den Sozialismus unternimmt die Handelskammer im Inseratenteil der Leipziger Tageszeitungen. Die Handelskammer will von einer Sozialisierung nichts wissen; in wenigen Fällen könnte sie noch ihrer Meinung angebracht erscheinen, die kleine Sozialisierung und die Volksozialisierung Sachsens aber werden in Grund und Boden verdammt. Zur Begründung sind eine Anzahl Argumente zusammengetragen, die meist alte Leinwörter des Liberalismus sind. Grundsätzlich können eben nicht angeführt werden, und deshalb muß die Handelskammer zur Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf Material zurückgreifen, das weiter nichts als Wichtigtuerei gegen den Sozialismus ist und als solches bereits vor Jahrzehnten abgetan worden ist. Es ist vergebliche Mühe, in der jetzigen Zeit den Kapitalismus als die richtige Wirtschaftsform zu prüfen. Auch der Hinweis auf die „Sozialreform“, auf den „Einfluß der Arbeiter und Angehörigen auf die Betriebe“ ist kein geeigneter Wdter. Es hilft eben alles nichts mehr. Die Entwicklung drängt mit Notwendigkeit zur schließlichen Sozialisierung, die weder mit Monopolen und Riesenwerken der Rüsttruppen noch mit Zeitungsinseraten aufzuhalten ist. Die Handelskammer wendet sich jetzt gegen „leben gewalttätigen Eingriff des Staates“; während des Krieges aber hat sie nicht den leisesten Protest gegen die vielen gewalttätigen Eingriffe erhoben.

Keine Kriegunterstützung mehr? In Leipzig bestehen noch, wie man uns mitteilt, „Auflösungskommandos von Feldtruppenteilen“, die die Erledigung der restlichen Demobilisationsarbeiten vornehmen. Die meisten noch tätigen Kriegsteilnehmer sind verheiratet und ihre Familien beziehen Kriegunterstützung. Neuerdings droht die Kriegunterstützungsstelle mit der Verweigerung der städtischen Kriegunterstützungsbefehle an solche Soldaten, die täglich 3 Mk. Kommandobehälter erhalten. Das ist unerschwinglich, zumal die Angehörigen der Weissen Garde bei 5 Mk. Zulage für die Familien auch noch die Kriegunterstützung erhalten. Die Truppen der alten Verbände haben noch keinerlei Teuerungszulagen oder sonst etwas erhalten. Da man ihre sonstigen geringen Einkommen beschneiden will, erheben sie die Forderung der Gleichstellung in allen Verpflegungs-, Geld- und Unterstützungsgebühren mit den „Grenzschutztruppen“.

Vom Mietlingsamt wird uns geschrieben: In der Leipziger Volkszeitung vom 10. April d. J. ist unter der Ueberschrift „Eigentliche Tätigkeit des Mietlingsamtes“ von einer Familie mit sieben Kindern (des Fischers Morgenstern) berichtet, die auf Kündigung des Vermieters auf die Straße gesetzt werden sollte, während sie regelmäßig die Miete gezahlt habe. Der Artikel schließt mit der Frage: Will das Mietlingsamt kinderreiche Familien in Baracken pferhen? In der Sache ist am 8. April 1919 über die Zahlung des Mietzinses eine Einigung zustande gekommen. Am Schlusse des Protokolls steht, daß der Vermieter unbenommen bleibe, die Zustimmung zur Kündigung zu beantragen. In der Verhandlung vom 17. April d. J. ist der Antrag auf Zustimmung zur Kündigung abgelehnt und die Fortsetzung des Mietverhältnisses bis 31. März 1920 angeordnet, dem Mieter aber freigestellt worden, vorher die Wohnung vertragsmäßig zu kündigen. Der Vermieter hatte geltend gemacht, daß seine beiden Töchter, die im Feldzuge die Chemänner verloren haben, die beiden im Hause leer werdenden Wohnungen beziehen wollen.

Dernach bitten wir um Berücksichtigung der gedachten Mittelung. Mietlingsamt.

Der Dank der Heimat ist Euch gewiß! Man schreibt uns: Die Leipziger Kammgarnspinnerin Sidy u. Co. K. G., Leipzig-Plagwitz, hat eine Anzahl ihrer Beamten gekündigt. Darunter befinden sich Kriegsteilnehmer und Angehörige, welche ca. 25 Jahre bei genannter Firma tätig sind. Dagegen sind junge Kontoristinnen und Frauen, deren Männer ebenfalls dort höhere Stellen einnehmen, versorgt geblieben. Bis jetzt hat man uns ausgezogen und ausgebeutet, und nun nach getaner Arbeit da wird man auf die Straße geworfen. Handlungsgehilfen! Der Heimat Dank ist Euch gewiß! So schreiben sie Euch ins Feld. Draußen habt Ihr ihren Soldat besichtigt, und heute ist alles vergessen.

All den Schichten, denen der Kapitalismus so schwer mißspielt, kann nur der Sozialismus Hilfe bringen.

Ausgabe der Lebensmittelzulage an Schwerkrriegsbeschädigte. Soweit die Schwerkrriegsbeschädigten die ihnen gewährte Zulage von einer Dose Getreide am Dienstag, dem 22. April, nicht haben abholen können, können die Dosen nachträglich am Donnerstag, dem 24. April, 1/2 bis 1/2 Uhr, in der Ausgabeestelle für Klein- und Knochenfleisch, Schlachthof, Altenburger Straße, entnommen werden.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Delegiertentag, welcher am 20. April in Leipzig tagte, fast ohne Ausnahme die reinen Kriegsbeschädigten-organisationsverbände Deutschlands vereinigt. Diese schlossen sich zum Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands, Sitz Leipzig, zusammen. In einer Resolution, die angenommen wurde, heißt es: „Die Vertreter von weit über 100 000 Kriegsbeschädigten aus allen Gauen Deutschlands erwarten von der Reichsregierung die sofortige Erfüllung der gestellten Forderungen, um endlich der Not und dem Elend der Kriegsbeschädigten Einhalt zu tun. Ein weiteres Hinhalten ist deutscher Art unwürdig.“

Warnung vor einem solchen Kriminalbeamten! Ein vergangenem Sonnabend wurde eine junge Frau, welche einen Karton Zigaretten bei sich trug, von einem Manne in einem in der Wöhrner Straße 44 gelegenen Restaurant angehalten und nach einem Ausweis gefragt, der zum Handeln berechtigt. Da die Frau einem derartigen Ausweis nicht besaß, so mußte sie ihren Wohnungsmeldebchein sowie die Zigaretten abgeben. Der Mann hatte eine Karte vorgezeigt, wie sie von den Kriminalbeamten getragen wird, und außerdem einen weißen Ausweis vorgelegt, der auf den Namen Waldide, Welche oder so ähnlich lautete. Jedemfalls war es ein solcher Kriminalbeamter, dem die Frau zum Opfer fiel. Anstatt mit zur Polizei zu gehen, hat sie ihn, sie lassen zu lassen, da er doch im Besitz ihres Wohnungsbcheims sei. Der betreffende Gauner, dem für mindestens 1200 Mk. Zigaretten in die Hände fielen, war unter-

seht und hatte ein ziemlich rotes Aussehen. Freundliche Mitteilungen über in diesem Falle gemachte Wahrnehmungen wolle man der Kriminalabteilung (Wächterstraße) machen.

Verlorene Arbeiterkarte. Die Arbeiterkarte Nr. 8 ist verlorengegangen; sie wird für ungültig erklärt.

Vogelstimmen. Der Chor der geliebten Sänger in Wald und Feld hat sich durch Zugzug verstärkt. Zum Studium der Vogelstimmen wird Herr M. Richter am Sonntag eine Vorkursführung in die städtischen Auenanlagen unternehmen. Die vorbereitende Führung erfolgt am Freitag, abends 1/2 Uhr, im Naturkundlichen Heimatmuseum (Trübindring 1, Gewerbeausstellung), wo auch die Einzelmelodie ausliegt. Die Teilnahme ist unentgeltlich.

P. Unfall. Am 1. Feiertage, vormittags 10 Uhr, ist in der Delitzscher Straße in L.-Eutritzsch ein Sanitäts-Sergeant infolge eines Bruches der Vordergabel seines Fahrrades so unglücklich gestürzt, daß er durch den Aufschlag seines Kopfes auf die Bordwand eine Gehirnerschütterung erlitten hat. Außerdem trug er noch geringere Verletzungen an Gesicht und Händen davon. Nachdem er in der Poliklinik verbunden worden war, konnte er sich ohne fremde Hilfe nach seiner Wohnung begeben.

Lenin oder Wilson. Unter diesem Titel wird Herr Dr. G. Stodter am Donnerstag, dem 24. April, abends 1/2 Uhr, im großen Festsaal des Zoologischen Gartens einen öffentlichen Vortrag halten, der sich mit der deutschen Auslandspolitik auseinandersetzen will. An den Vortrag schließt sich eine freie Ausdrucks an.

Schlachthof. Donnerstag, den 24. April, von 9 bis 12 Uhr, Nr. 80 000 bis 85 000. Ausgabe von Knochenbrühextrakt, Knochenbrühwursten sowie eines kleinen Teils Pferdepurks.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 24. April.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Amerikanisches oder inländisches Weizenmehl: Leichter Tag — abzugeben 17 E und K der Lebensmittelkarte Reihe F, Marken S 1 R, S 2 R, S 3 R der Lebensmittelkarte S 1, S 2, S 3 (S 1) (250 Gramm).

Fleisch: Leichter Tag — abzugeben Melchelschmarken K 1—10. Ausgabe. Gerlinge: bestellt mit 12 E und K der Lebensmittelkarte Reihe F (300 Gramm).

Für Händler.

Graupen und Leinwaren: Bezugsmeldestelle in der Bezugsmeldestelle, Schulstraße 1, I., durch die Kleinhändler und Obmänner und Vorlegung an die Verteilungszentrale, Schaller 26. Auslandsmarkelade: Bezugsmeldestelle durch die Kleinhändler in der Bezugsmeldestelle, Markgrafenstraße 8, und Erfragung der Kaufbestellen bei der Lebensmittel-Versorgungsgesellschaft, Burgstraße 33, I.

An unsere Postabonnenten!

Damit im Bezuge der Leipziger Volkszeitung keine unliebsame Unterbrechung eintritt, eruchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung schon jetzt zu erneuern. Unsere Zeitung kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 Mk., für einen Monat 1.75 Mk. Das Bestellgeld beträgt vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg. Da in dieser Zeit das Lesen eines unabhängigen sozialistischen Blattes für jeden Parteigenossen, für jeden Streiter für Freiheit und Volksrechte überaus notwendig ist, sind wir davon überzeugt, daß alle unsere Abonnenten unsere Zeitung nicht nur weiterbezahlen, sondern ihr auch neue Leser zuführen werden.

Der einfachste und billigste Weg ist, bei dem Postamt oder bei dem Briefträger des Wohnortes zu abonnieren. Auf besonderes Verlangen liefert das Postamt die im laufenden Monat erschienenen Nummern gegen eine Gebühr von 10 Pfg. nach.

Wenn etwaigen Ausbleiben oder dem Fehlen irgendeiner Nummer wollen Sie immer beim Postamt Ihres Wohnortes (nicht bei unserer Expedition) reklamieren. Das Postamt gibt Ihre Beschwerde weiter und läßt dieselbe amtlich erledigen.

Werbt Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung!

Aus der Umgebung Leipzigs.

Borsdorf. Gemeinderat. Der Bauauschuss berichtet über demselben zur Vorbereitung überlebende Bauarbeiten. Die Erneuerung der Fahrbahn des Viadukts, die sich in diesem Jahre unbedingt nötig macht, wird erneut ins Auge gefaßt. Die Thüringer Gasgesellschaft fordert in einer Zuschrift erhöhte Gaspreise. Sie will den Preis für 1 Kubikmeter auf 40 Pfg. steigern. Dies ist dem Gemeinderat im Verhältnis zu den von anderer Seiten geforderten Preisen zu hoch. Die Gemeinde betrachtet sich als Großabnehmer des Gaswerks Engelsdorf, deshalb will dieser Satz abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit gelangt gleichzeitig die Frage der Elektrizitäts-Anschlüsse zur Sprache. Das Ansuchen der Gemeindevorstände um Bewilligung von Teuerungszulagen wird dem Finanzauschuss überwiesen. Die Prüfungsarbeiten für die Sparkastenrechnung 1918 werden zum vorjährigen Satz vergeben. In langer Debatte wird die Befahrung der Kohlenverteilung im kommenden Kohlenjahre besprochen. Einstimmig erklärt sich der Gemeinderat für die Verteilung der Kohlen lediglich durch die Gemeindevorwaltung. Zur Sicherheit der Schutzleute soll um Genehmigung zum Waffentragen für diese bei der Aufsichtsbehörde eingeleitet werden. Zum Schluß erfolgen noch verschiedene Kenntnisnahmen.

Tauscha. Lebensmittel. Verteilung von 50 Gramm Speiseöl für 2.50 Mk. und 100 Gramm Fischspeck für 1 Mk. auf den Kopf nach der Kundenliste. Feld 40 der Warenausweisliste ist zu streichen. Für Speiseöl ist außerdem noch die Delmarke für Monat April herzugeben.

Naunhof. Gas einschränkung. Die Abgabe von Gas aus der hiesigen Gasanstalt muß von jetzt an wieder auf folgende Zeiten beschränkt werden: vormittags 1/2 bis 7 Uhr, mittags 11 bis 12 Uhr, abends 5 bis 1/2 Uhr. Es wird dringend ersucht, während der Sperrzeiten die Gasflamme geschlossen zu halten, damit Unglücksfälle vermieden werden. Die übrigen Einschränkungen bestehen weiter.

Großschönau. Gemeinderat. Aus der Gemeinderatsitzung ist zu berichten, daß die neuen Sätze der Lustbarkeitssteuer, wie auch die Erhöhung der Hundsteuer angenommen wurden. Mit behördlicher Genehmigung werden künftig für einen Junghund 5 Mk., für einen Kettenhund 10 Mk., für einen Luxushund 20 Mk. Steuern erhoben. Für jeden weiteren erhöht sich die Steuer um 10 Mk. Den fest angestellten Gemeindevorstand werden zu ihrem Grundgehalt die staatlichen Teuerungszulagen gewährt. Statt der geforderten Erhöhung des Gaspreises auf 40 Pfg. stimmt man einer solchen auf 35 Pfg. zu. Den Vorschlag automatischer Preisveränderung je nach Steiger oder Fallen der Kosten nimmt man unter Vorbehalt an. — Bei der Wahl des Bauern- und Landarbeiterrates wurden als Arbeitnehmer die Herren Bergner, Jungmann und Lehmann, als Arbeitgeber die Herren Bergner, Reichert und Genosse Hartung gewählt.

Judelhäuser. Gemeinderat. Die Vorlage des Finanzauschusses wird gegen vier Stimmen angenommen. Das Verbot des Herrn Papsdorf betreffs Bewilligung des Uebersteuerungsbeitrags in Höhe von 20 000 Mk. wird nach eingehender Prüfung und unter Anerkennung der vom Gemeinderat festgesetzten Bedingungen genehmigt. Zur Wohnungsfrage bringt Genosse Schlichter einen Antrag ein, daß alle leerstehenden Wohnungen durch die Gemeinde beschlagnahmt werden können. Wohnungsinhabungen dürfen nur mit Zustimmung des Mietlingsamtes der Amtshauptmannschaft Leipzig stattfinden. Jede Wohnungsinhabung, ganz gleich, von welcher Seite sie erfolgt, muß durch den Vermieter dem Gemeindevorstand gemeldet werden. Vermietungen an Auswärtige bedürfen erst der Zustimmung des örtlichen Wohnungsausschusses. Der Antrag wird angenommen und soll an die Amtshauptmannschaft Leipzig eingereicht werden, zur Befürwortung an das Ministerium. Da Judelhäuser gleiche Pflichten zur Schule wie Holzhausen hat, wird nach Herr Schlichter in den Schulvorstand gewählt, ebenso wird Frau Pechold als Elternvertreterin anerkannt. Vortreffs Bauernräte haben die örtlichen Gutbesitzer beschlossen, dem örtlichen Ernährungsausschuss weiterbestehen zu lassen.

Holzhausen. Gemeinderatsitzung. Die vier der Gemeinde gehörenden Teiche sollen am Montag, dem 27. April, öffentlich verpachtet werden, darunter einer im Dorfe speziell zur Fischzucht. Da die Frage der Wasserversorgung für die Gemeinde von besonderer Wichtigkeit ist, soll im Einvernehmen mit der Gemeinde Judelhäuser der Bau einer Wasserleitung nähergetreten werden. Von der Wahl eines Bauern- und Landarbeiterrates wird abgesehen. An dessen Stelle bleibt der Ortsauschuss für Ernährungsfragen weiter bestehen. Die Gelübden für öffentliche Tanzveranstaltungen werden neu geregelt. Dem Erluchen der Amtshauptmannschaft, für unsern Ort eine freiwillige Feuerwehr zu bilden, wird prinzipiell zugestimmt. Der Antrag des Genossen Blinn, die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen einzuführen, wird einstimmig angenommen. Dagegen wird beschlossen, die Sitzungen regelmäßig alle drei Wochen Mittwoch abzuhalten.

Quers. Gemeinderat. Bei der Kostenabrechnung wurde ein Ueberschuß von 325.26 Mk. nachgewiesen. Ferner kamen zur Erledigung einige Bauangelegenheiten. Die Kirchensteuer wurde von unsern Genossen abgelehnt. Den Ortsbernen wurden Verhandlungen gewährt. Die partiellistische Tätigkeit der Steuererschätzungscommission wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Der 1. Mai soll würdig gefeiert werden.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Mehrheitsler am Ende.

Es geht rasend bergab mit den Regierungssozialisten. In Glauchau haben sich die Mehrheitsler zum offenen Arbeiterverrat mit den bürgerlichen Parteien verbündet. Durch die Presse geht darüber folgende Meldung:

„Die bürgerlichen Parteien haben sich hier mit den Mehrheitssozialisten zusammengeschlossen und einen Aufruf erlassen, in dem die Einwohner von Glauchau aufgefordert werden, die Regierung durch Arbeit, Mühe und Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen. Der Aufruf ist unterzeichnet von Bürgererrat, von der Deutschen Sozialpartei, von der Deutschnationalen Volkspartei und von der Sozialdemokratischen Partei.“

Mit welcher Begeisterung werden die Glauchauer Arbeiter diesen „sozialdemokratischen“ Führern folgen, die Arm in Arm mit den ehemaligen Konservativen die bürgerliche Ordnung gegen sozialistische Aktionen kämpfen?

Der Protest der Plauener Arbeiter.

In Plauen im Vogtlande fanden gestern zwei von der K. S. P. einberufene Versammlungen statt, in denen die Plauener Arbeiterschaft gegen den Belagerungszustand und das Standrecht protestierte. In beiden Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, die die Beseitigung des Belagerungszustandes und das Standrecht, sowie den Rücktritt der Regierung fordern und den Generalstreik als Kampfmittel anknüpfen. Eine ähnliche Resolution wurde in einer zu gleicher Zeit vor dem Rathaus tagenden Versammlung der Kommunisten angenommen. Nach den Versammlungen gegen die Teilnehmer durch die Stadt und demonstrierten vor dem Rathaus. Die Behörden haben nicht verhindert, die Demonstration zu verhindern. Infolgedessen kam es auch nicht zu Ausschreitungen oder unliebsamen Zwischenfällen.

26 Spartakisten verhaftet

In Dresden sind bis gestern 26 Spartakisten verhaftet worden. Unter den Festgenommenen befindet sich auch Uprindberg, der in Sebnitz verhaftet worden ist.

Eier-Wucher.

Was die besonders von den Agrariern geforderte Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Konsumenten bedeutet, zeigen die Erfahrungen, die mit der Freigabe des Eierhandels gemacht worden sind. Was vorhergesagt wurde, daß der freie Handel zu einer weiteren ungeheuren Preissteigerung benutzt werden würde, ist prompt eingetroffen. Eier sind entweder überhaupt nicht mehr, oder nur zu Preisen zu haben, die die große Masse der Verbraucher unerschwinglich machen kann. Schleichhandel und Wucher blühen wie nie zuvor. Die unbegrenzte Begehrtheit der Landwirte hat jetzt selbst dem Bundeskulturrat und den landwirtschaftlichen Vereinen folgenden Aufruf an die Landwirte und Landfrauen abgegeben: „Die Eierbewirtschaftung ist seit dem 1. April freigegeben. Die Preise sind ungeachtet in die Höhe geschossen und Verstärkungen einzelner Verkäufer wegen Wuders sind schon unterwegs! Es würde ein schlechter Dank der Landwirtschaft sein, wenn die erste Freigabe landwirtschaftlicher Produkte nach der jahrelangen, so schwer empfundenen Zwangswirtschaft dazu benutzt würde, daß von einzelnen geradezu Wucherpreise für die Eier gefordert werden. Die gesamte Landwirtschaft muß unter solcher pflichtverweigerung Handlungswiese derer leiden, die nie genug bekommen können! Schlägt der Versuch der Freigabe der Eier fest, dann wird nicht nur deren öffentliche Bewirtschaftung wieder einreten, sondern wir werden die Zwangswirtschaft, unter der unser Berufsstand so schwer leidet, nicht los! Sorge daher jeder weitblickende Landwirt im Kreise seiner Berufsgenossen für entsprechende Auffklärung, damit sich keiner verleiten läßt, durch das Fordern oder Annehmen höherer Preise den Wucher und Schleichhandel fördern zu helfen.“

Dieser Appell wird wenig nützen. Es zeigt sich eben, daß ohne Zwangswirtschaft und scharfe Kontrollmaßnahmen die Volksernährung nicht gesichert werden kann. Diese Erkenntnis hat bereits zahlreiche Gemeinden veranlaßt, die sofortige Aufhebung des freien Eierhandels zu fordern. U. a. gingen auch die Stadtverordneten von Bischofsberda in ihrer letzten Sitzung scharf gegen den Wucher mit Eiern vor. Sie beschloßen, bei den zuständigen Stellen um sofortige Weideraufsicht der Zwangswirtschaft mit Eiern nachzukommen. Es wurde verifiziert, daß für ein Ei in dortiger Gegend 2.50 Mk. bezahlt worden seien. Bürgermeister Dr. Kühn erklärte, auf dem Bahnhof würden fortgebracht, denen man aber nichts anhaben könne.

Schulverordnungen.

Aus Dresden wird gemeldet: Das Kultusministerium wird demnächst eine Verordnung erlassen, die sich mit der Einrichtung von Berufsberatungsstellen in der Schule befaßt. Es sollen überall Beratungsstellen in den Schulen geschaffen werden, wo die Eltern Auskunft über die verschiedenen Berufe erhalten können. Die Schulbehörden und Schulgemeindevorstellungen sollen solche Beratungsstellen einrichten, soweit ein Bedürfnis vorhanden ist. Der Unterricht in der Schule soll schon darauf hinwirken, die Kinder auf Berufe aufmerksam zu machen, für die sie sich eignen, und den Eltern auch das

Hingehend eine Beratung zuteil werden. Eine zweite Verordnung verfügt, daß in allen Klassen zwei Turnstunden, und für die vom Turnunterricht Befreiten eine hygienische Federstunde ein-gelegt werden sollen.

Warenverteilung und Konsumvereine.

In einer Konferenz im Wirtschaftsministerium, an der die Vertreter des Verbands schlesischer Konsumvereine sowie Vertreter der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine und des Landesgesundheitsamts teilnahmen, wurde erneut die Notwendigkeit der Durchführung der Richtlinien des Reichsgesundheitsamtes über die Behandlung der Konsumvereine durch die gewerkschaftlichen Vertreter, begründet.

1. die Konsumvereine sollen ihre rationierten Waren auch dann im Konsumverein kaufen können, wenn sie an einem anderen Ort als demjenigen, an dem sich die Verkaufsstelle des Konsumvereins befindet, wohnen;

2. den Konsumvereinen mit einem Umsatz über 200 000 M. bei der behördlichen Warenverteilung der Großhandelspreis eingeräumt wird;

3. die Einschaltung der GVK in die Warenverteilung bei den Bezirkszentralen vorzunehmen ist. Nach erfolgter Aussprache erklärte Minister Schwarz: Die Konsumvereine sind ein Teil derjenigen Bewegung, auf die sich die neue Regierung stützt, und sie sind zweifellos mit ihrer Großkaufmannschaft in die Warenverteilung einzufügen.

Chemisch. Ein Damsternest ausgehoben. Bei dem Neßler der Nischwaschbühne wurden bei einer Hausdurchsicht folgende Lebensmittel vorgefunden: 114 Pfund Puttwurst, 117 Pfund Federwurst, 40 Liter Wein, 8 Pfund Wurst (vom Ferkelschwein), 88 Pfund Rindspizzen zur Salze, 34 Pfund Fleisch zu Rieden, 17 Pfund Bohnenkaffee, 10 Pfund Bienenwachs, 8 Pfund reiner Kaffee, 100 Stück Beringe, zwei Käse mit Rindspizzen, die zu Salze verwendet werden sollten. Der Besitzer gibt zu, schon öfter durch Schleißhandel gefaßt zu haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsstatistik Leipzig.

Die Kartellversammlung vom 17. April brachte einen Vortrag des Gewerkschafters Klobner über: Aufgaben und Ausbildung der Betriebsräte. Der ausgearbeitete Vortrag behandelte das ganze weite Gebiet dieser aktuellen Frage in gedrängter Form, und die sich anschließende lebhaftige Aussprache ließ erkennen, wieweit großes Interesse die Arbeitererschaft diesem Problem entgegenbringt.

Die Kartellversammlung wolle beschließen, den Kartellauschuss zu druckverlegen, das wichtigste Material über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission und der Zentralvorstände während der Kriegszeit zu sammeln und den Gewerkschaften zuzustellen, wurde vom Antragsteller begründet und fand Annahme.

Eine Beschwerde betr. Mängel im Kartenvertrieb zu den Vereinigungen des Arbeiter-Bildungsinstituts wurde dem Kartellauschuss zur weiteren Behandlung überwiesen.

Zum Straßenbahnerstreik.

Am 2. Feiertage, vormittags, fand im Zoo eine Vollversammlung der sämtlichen Angestellten des Betriebes statt. Die Versammelten leiteten einstimmig den Vorstoß der Direktion ab und nahmen nachstehende Entschlie-ßung an:

Das am 21. April 1919 im Zoologischen Garten versammelte Gesamtpersonal der Straßenbahn Leipziger Straßenbahn hat den Bericht über die Verhandlungen in der Lohnstreikfrage entgegengenommen.

Es stellt mit Genugtuung fest, daß in der Verhandlung, unter Leitung des Schlichtungsausschusses, anerkannt worden ist daß die Schuld am Ausbruch des Streiks lediglich auf die Verhandlungsablehnung seitens der Direktion zurückzuführen ist.

Die Versammelten erklären, daß die von den Personalvertretern gemachten Vermittlungsvorschläge ihren Wünschen nicht entsprechen, daß sie aber im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere der Leipziger Arbeitererschaft, bereit sind, sich auf dieser Grundlage zu einigen. Dementsprechend müssen sie die Gegenwortsätze der Direktion als vollkommen ungenügend ablehnen.

Die Versammelten beauftragen ihre Vertretung, auf der durch sie angebotenen Grundlage die Verhandlungen weiterzuführen, sofern die Direktion hierzu gewillt ist.

Die Straßenbahner bringen zum Ausdruck, daß es im Interesse der Allgemeinheit notwendig wäre, den Betrieb so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

Sektionsaktion der Straßenbahner, Verwaltungsstelle Leipzig. Der Sektionsauschuss.

Tariffbewegung der Zimmerer.

Am Freitag, dem 18. April, erhaltete einer ausbesuchten Mit-gliederversammlung der Zimmerer Leipzigs der Vorsitzende Ma-cha als Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern und erklärte, daß die Kommission dem heutigen Verhältnissen nicht entsprechenden Angebot von 2.20 M. Stundenlohn nicht habe zustimmen können. Eine lebhaftige Debatte endete mit Annahme einer Resolution, in der das Angebot des Arbeitgeberverbands als nicht annehmbar und den zur Zeit bestehenden überaus schwierigen Lebensbedingungen nicht entsprechend bezeichnet wird, und fordert, daß die Zimmerer im Lohn den in den Staatsbetrieben beschäftigten gelehrten Arbeitern gleichgestellt werden.

Der Ausschuss in Leipzig vertretene Privatangehörigen-Vereine in Leipzig hat beantragt, den zwischen ihm und dem Zentralverband für Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Leipzig, einerseits und dem Leipziger Verband der Detailisten G. B. andererseits am 17. Februar 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dez. 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1458) für das Gebiet der Stadt Leipzig einschließlich der eingemeindeten Vororte für allgemein verbindlich zu erklären.

Erklärung.

In der Nr. 88 der Leipziger Volkszeitung befindet sich ein Versammlungsbeschluss der Maler und Lackierer, in dem die Vorstandsmitglieder des neuen Zentralverbandes der Maler als Streikbrecher an der Klassenbewegung der Arbeitererschaft während des letzten Generallstreiks beschuldigt werden. Da mit diesem Beschluss der Zweck verfolgt wird, uns vor der organisierten Arbeitererschaft herabzusetzen, erklären wir unterzeichneten Vorstände des Neuen Zentralverbandes der Maler, daß, soweit die Vorstandsmitglieder zur Zeit in Arbeit standen, sie mit gestreikt und sämtliche Streikversammlungen besucht haben, bis auf ein Mitglied, dessen Werkstelle meistens aus Mitgliedern der alten Organisation zusammengesetzt ist, die sich ein paar Tage später dem Streik anschlossen.

Der Hauptvorstand. Der Mittelvorstand. Der Sektionsvorstand. Der Ausschuss.

Verhandlungen im Glasererwerb.

Am 8. April fanden, wie Wolffs Bureau mitteilt, in Berlin Verhandlungen zwischen Vertretern der Glaserbetriebe, die dem Gesamtverband deutscher Metallindustriellen angeschlossen sind, und den Metallarbeiterorganisationen statt, um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Glasererwerb Deutschlands auf möglichst zentraler Grundlage herbeizuführen.

Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Befreiung des Arbeiterlohnstempels und -Einführung von Zeitlöhnen. Außerdem wurden Vorschläge unterbreitet über die gleichmäßige Bezahlung etwa zu leistender Hebergeleitarbeit, Regelung des Schlingens wesen, der Werkzeugfrage, Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, Einführung von besseren hygienischen und sanitären Einrichtungen und Aufhebung der Straenarbeit im Glasererwerb.

Die Verhandlungen haben zu einem endgültigen und abschließenden Ergebnis nicht geführt, da die Vertreter der Glaserbetriebe die ihnen vorgetragenen Forderungen der Glaserarbeiter zurecht ihren Bezirksorganisationen und dem Ausschuss des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung unterbreiten müssen.

Nach Stellungnahme der Bezirksorganisationen der Arbeiternehmer zu den Forderungen sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Die Unternehmer verpflichteten sich, ihre Beratungen zu beschleunigen, damit die zentralen Verhandlungen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Glasererwerb baldigt zu Ende geführt werden können.

Die Beendigung des Beamtenstreiks.

Am Dienstag haben die kreisenden Angestellten der Berliner Großbanken in sieben Betriebsversammlungen Stellung zu dem Schlichtungsausschuss genommen und beschloffen, die Arbeit am Dienstag bzw. Mittwoch früh wieder anzufangen.

Der Verband Berliner Bankleistungen hat der Geschäftsstelle des Schlichtungsausschusses von Groß-Berlin schriftlich mitgeteilt, daß er sich dem Schlichtungsspruch unterwirft.

Kohlarif im Baugewerbe. Am Montag fanden im Arbeitsministerium in Dresden Verhandlungen statt. Die Arbeitervertreter forderten Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 47 1/2 auf 46 Stunden und Erhöhung des Stundenlohnes von 1.55 auf 3 M. Die Unternehmer wollten es bei der jetzigen Arbeitszeit belassen und den Stundenlohn auf 1.85 M. erhöhen. Schließlich wurde eine Vereinbarung getroffen, daß bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 46 Stunden 2.20 M. Stundenlohn gezahlt werden soll. Wird von einer der Parteien die Anerkennung der Vereinbarung verweigert, dann ist der Schlichtungsausschuss anzurufen. Tritt die Vereinbarung aber in Kraft, so hat sie Geltung bis 1. Juli.

Der Verband deutscher Gewerkschaften (DVG) hält am 9. Juni und folgende Tage einen Verbandstag in Berlin ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Sozialisierung und die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung.

Irlands Arbeitererschaft droht!

Amsterdam, 22. April. Dem Allgemeinen Handelsblatt wird aus London gemeldet, daß in Irland ein allgemeiner Streik der organisierten Arbeiter droht.

Der Generallstreik in Barcelona ist nach einer Spadmeldung vom 22. April beendet.

Quittung.

Bis jetzt quittiert: 16 148.10 M. Ferner gingen ein: Sammelliste 670 von Stellmachern und Schmieden der Firma Trebst 7.50 M., Teilerfassungung bei den Arbeiterratswahlen durch Meurer 12 M., Männer- und Gemischter Chor Leipzig-St. Revolutionskang beim Familienabend 33.18 M., Die Windmühle 1 M., Teilerfassungung am 11. April im Felsenkeller, Blagwig, 48.25 M., Sammellisten 1710, 1712, 1722, 1725 75 10 M., W. G. 2 M., Teilerfassungung Raunhof 98.40 M., Vohr, L.-Anger, 3 M., Sicherheitskompanie, Listen 444, 445, 446 123.25 M., Hugo Schneider, Sammellisten 839, 840, 841 38.25 M., Schröder 10 M., Schröder 10 M., Richter 10 M., Seidel 10 M., Schindler 5 M., Ehrhart 10 M., Scheib 10 M., Strömsmeier 10 M., Geißler 10 M., Rautenberg 10 M., Pöhlung 10 M., Sommer 10 M., Wagner 15 M., Schöning 10 M., Pöhlung 10 M., Dieß 10 M., Böhle 10 M., Fischer, Körnerstraße, 2.10 M., C. R. 1.15 M., W. R. 2 M., durch Cyrus 3 M.

Briefkasten der Redaktion.

- Vonjähriger Abonnent. Gewünscht sind diese Gesetze bisher noch nicht. Wer glauben aber nicht, daß man versuchen wird, sie jetzt noch anzuwenden.
- P. N. Leusch. Eine solche Photographie können Sie doch höchstens durch einen Angehörigen des Truppendienstes Ihres Bruders erhalten.
- H. 30. 1. bis 3. In diesem Falle erben Ehefrau und Eltern je die Hälfte des Nachlasses. Die zum ehelichen Haushalt gehörigen Gegenstände sowie Dachstuhlgehäule erhält jedoch die Ehefrau allein.
- 4. Soweit der Anspruch demnach rechtlich begründet ist, ja.
- H. 500. Es ist unmöglich, alle Einzelheiten im Briefkasten zu erörtern. 1. Wegen der Erhöhung des Unterhaltungsbedarfes werden Sie sich einmal an das Armenamt. 2. Im Falle der Bedürftigkeit kann Ihnen die Wohnung des Gefangenen ganz oder teilweise ausgetreten werden. Antrag an den Erbschaftspräsidenten. 3. Die Frau ist nicht berechtigt, die geschenkten Kleidungsstücke zurückzufordern; eventuell müssen Sie klagen.
- H. 3. Schneefeld. 1. Ob die Zurückzahlung gefordert werden kann, verhängen wir nicht zu entscheiden, da die Rechtslage in diesem Punkt noch nicht geklärt ist. 2. Gegen etwaige Abgabe können Sie nach unserer Ansicht mit Erfolg beim Gewerbeamt klagen.
- H. 1000. 1. Wenn es sich nicht um ein Geldstück handelt, müssen Sie den Betrag zurückzahlen. Hat ein Verlobter stattgefunden und ein Teil tritt ohne wichtigen Grund zurück, kann der andere Teil den ihm dadurch entstehenden Schaden ersetzt verlangen -- 50 Pfg für die Parteilasse.
- H. 6. 18. 1. Es kann nur Kriegserbenerbe beansprucht werden bis zur Höhe von 250 M. jährlich. 2. Beim Tod der Stadt. 3. Nein.
- H. 100. Die Strafe ist durch die Kasse ausbezahlt. -- 1 M. überweisen wir der Parteilasse.
- H. 2. 3. 100. Wenn neben der Ehefrau Kinder vorhanden sind, erben die Kinder drei Viertel, der Ehegatte ein Viertel. Ob das auf Ihren Fall zutrifft, wissen wir nicht; wir haben aus Ihrem Schreiben nicht klar werden können.
- H. 2. 2. Volkmarshorst. Wenden Sie sich noch einmal an das Rechtskommando, eventuell an das Ministerium für militärische Angelegenheiten.
- H. 2. Volkmarshorst. Beim Erlass der Verordnung im Januar ist betont worden, daß die Vorarbeiten mehrere Monate dauern würden. Mehr ist darüber bis jetzt nicht bestimmt worden.
- H. 2. Sie müssen die Schuld noch bezahlen.
- H. 2. 100. Ohne Kenntnis des ganzen Tarifvertrags können wir darüber nicht entscheiden. Die Regelung solcher Angelegenheiten ist doch Aufgabe der Gewerkschaft.
- H. 2. 50. Die Wohnung des Gefangenen kann dem Vater ganz oder teilweise gewährt werden. Der Antrag ist an den Erbschaftspräsidenten zu stellen.
- H. 2. 1. Bestimmte Höhe gibt es dafür nicht. Ihren und der Kinder notwendigen Lebensunterhalt muß der Mann aber auf alle Fälle bestreiten. 2. An das Armenamt.

Drei arge Feinde.

Gicht, Rheumatismus und Hegenstich (Ischias) heißen sie. Sie fordern ihre Opfer ebenso grausam, wie es in alten Zeiten die Pesterschrecken taten.

Gicht, Rheumatismus und Hegenstich haben nicht nur die gleiche äußere Veranlassung (Erkältung), sondern auch die gleiche innere, nämlich Vergiftung des Blutes durch zurückgehaltene Harnsäure.

Die Harnsäure ist ein giftiger Abfallstoff, der ablagert bei der Verwandlung der Nährstoffe in Kraft und Wärme, genau so, wie beim Verbrennen der Steinkohle Schlacke ablagert.

Die Harnsäure muß regelmäßig aus dem Blute entfernt werden wie die Schlacke unter dem Dampfessel, sonst entstehen Störungen.

Die Harnsäure setzt sich an bestimmten Stellen fest und verursacht Entzündungserscheinungen, die je nach der Naturanlage der betreffenden Person und je nach den näheren Umständen verschiedener Art sein können.

Die Harnsäure kann sich in Form fester Kristalle in den Gelenken und Sehnensehnen ablagern, wo sie rasende Schmerzen und

heftige teigige Schwellung und Rötung verursacht. Später entleeren an diesen Stellen harte, knötige Anschwellungen, die sich zu völligen Verküppelungen der Hände ausbilden können.

Sie kann auch ohne Ablagerungen eine heftige Entzündung der Gelenke oder Muskeln veranlassen und wird lebensgefährlich, wenn sie den Herzmuskel ergreift wird.

Sie kann endlich eine Entzündung großer Nervenstränge herbeiführen, die sich in neuralgischen Schmerzen des Gesichts, des Kopfes (Kopfschmerz), der Rippen, besonders aber des großen Nervenstranges (Hegenstich, Ischias) äußert.

Man benutzte dagegen früher mit Vorliebe das Gift der Herbstzeitlose, welches ein Bestandteil der meisten alten „unschweren“ Gichtmittel ist.

Wander, der solche Mittel benutzte, ist durch dieselben für immer von seinen Schmerzen erlöst worden -- durch den Tod, denn Vergiftungsfälle waren nicht selten, und die Mittel wirkten auch nur vorübergehend.

Auch die später viel verordnete Salzsäure ist nicht ungefährlich, dauernde Heilung bringt sie ebenfalls.

Große Beliebtheit im Volke genießen verschiedene scharfe Einreibungen und Pflaster, und es ist wahr, daß sie durch Anregung

des Blutumlaufs in dem erkrankten Körper die Entzündung vorübergehend beseitigen können. Das nützt allerdings nicht dauernd, aber es kann die Schmerzen lindern. Als gründliche Kur ist „Gichtolant“ zur Entfernung der Harnsäure von zahlreichen Nerven als gut erprobt worden.

Es enthält die Salze, welchen eine Anzahl der berüchtlichsten Gichtquellen ihre gute Wirkung verdanken, in verstärkter Form, alle Stoffe aber, welche die Wirkung abschwächen oder welche keine Wirkung haben, sind weggelassen.

Dadurch wird eine sehr schnelle Auflösung und gründliche Entfernung der im Körper abgelagerten und im Blute vorhandenen Harnsäure erreicht ohne daß es nötig ist, sich monatelang in einem Kurorte aufzuhalten, große Mengen Mineralwasser zu schlucken und strenge Diätvorschriften einzuhalten.

Das ist nicht nur angenehmer und bequemer, sondern auch viel billiger.

Zum Versuch erhält jeder, der danach schreibt, eine genügende Probe und eine Gebrauchsanweisung vollständig gratis vom Generaldepot, Viktoria-Apothek, Berlin A. 188, Friedrichstraße 10.



Nach der Verordnung des Ministeriums des Innern Nr. 836 IV Md vom 28. Februar 1919 in Verbindung mit der Verordnung der Reichshauptmannschaft Leipzig Nr. II E 26 vom 11. März 1919 bringen wir folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

Für den Sonntags- und Nachtdienst sind die Leipziger Apotheken nach dem angefügten Verzeichnis in 4 Gruppen eingeteilt worden.

Eine Gruppe hat für je eine Woche, beginnend Sonnabends abends, endend Sonnabends früh, sowohl den Nacht- als auch den Sonntagsdienst zu übernehmen und zwar in der Woche

Table with 4 columns: Group, Dates, and Count. Lists dates from April to August for groups 1, 2, 3, and 4.

Die diensthabenden Apotheken sind also Sonntags den ganzen Tag dienstbereit. In den auf Wochentage fallenden Feiertagen haben diejenigen Apotheken Dienst, welche am vorhergehenden Sonntag Dienst gehabt haben.

Die dienstfreien Apotheken haben durch Aushang an der Tür auf die zunächst gelegene offene Apotheke zu verweisen. Außerdem liegt eine Übersicht über die dienstbereiten Apotheken in den Polizeist., Rat- und Sanitätsmaschinen zur Einsichtnahme aus.

Gruppeneinteilung der Leipziger Apotheken:

Table with 4 columns: Gruppe 1, Gruppe 2, Gruppe 3, Gruppe 4. Lists names and addresses of pharmacies in each group.

Leipzig, am 22. April 1919.

Ges.-A. I 180b.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Ablieferung von Schusswaffen und Munition.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung der Ministerien vom 9. d. Mts. werden alle Besitzer, die zur Ablieferung verpflichtet sind, aufgefordert, ihre Schusswaffen und Munition am 25. oder am 28. April dieses Jahres nachmittags von 4-6 Uhr in der Polizeiwache abzuliefern.

Bzwentkau, den 22. April 1919.

Der Bürgermeister.

Advert for 'Allgem. Ortskrankenkasse Schkeuditz' seeking a 'Krankenkontrolleur'.

Advert for 'Sparkasse Wahren' with business hours from 8-1/2 Uhr.

Advert for 'Darlehen' (loans) from 'Leipziger Bankverein'.

Advert for 'Rote Unsteck-Nadeln' (red needles) from G. Mühlberg.

Advert for 'Möbel' (furniture) from Herm. Fontius.

Advert for 'Tanz-Kursus' (dance course) from Lindenberg.

Advert for 'Bettnässen' (bed wetting) from Merkur-Verband.

Sozialisierung oder Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens?

Nachdem die Sozialdemokratie durch die Ereignisse des 9. November v. J. schneller und zeitiger, als sie selbst es jemals gedacht hatte, in den Besitz der politischen Macht gekommen ist, schließt sie sich nunmehr an, bei dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens auch für den Massen des Volkes Jahre zehnte hindurch verprochenes Wirtschaftsprogramm durchzuführen.

Das Wirtschaftsleben aller Völker und Zeiten hat stets die Menschen mit den ihnen angeborenen Vorzügen und Fehlern, Stärken, Schwächen und Mängeln zu seinen Trägern gehabt. Wie diese hat es sich auch selbst immer nur allmählich von Stufe zu Stufe, in organischer Umwandlung der bisherigen Zustände, zu höheren Formen und Ordnungen entwickelt und ist dabei stets seinen eigenen Weg nach innen eigen gewesen, wenn auch nicht immer sofort erkennbaren Gesetzen gehend.

Auf diese Natur- und Erfahrungsfakten gestützt, bekämpft die Handelskammer zunächst alle auf eine schnelle Sozialisierung der Gesamtwirtschaft wie einzelner Geschäftszweige oder gar Betriebe gerichteten, sei es aus tatsächlichen oder sonstigen Gründen, nicht aber aus innerer Notwendigkeit hervorgegangenen Bestrebungen oder aus dem Siegesreiß unternehmenen Versuche dieser Art.

Der Einfluss der Angestellten und Arbeiter auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betriebe, ihr Zusammenwirken mit den Arbeitgebern an der Festlegung der Arbeitsbedingungen und an der Erstellung und Verwaltung der Wohlfahrtsmaßnahmen, die Einführung öffentlicher Formen sowie die Praxis für die Fälle der Krankheit, der Invalidität und des Alters sind Wege, die schon bisher, wenn auch nicht immer mit durchschlagendem Erfolg für die Angestellten und Arbeiter sich durchsetzen wurden und durch die Fürsorge für unversicherte Erwerbstätige, durch Hebung des Wohnungs-, Siedelungs- und Bildungswesens und eine Reihe anderer Maßnahmen weiter ausgebaut werden müssen.

Daneben werden auch neue Wege der Wirtschaft ausfindig zu machen und zu beschreiten sein. Sowohl beim Einkauf wie bei der Verwendung und Benützung der Rohstoffe und Abfälle, bei der Herstellung der Güter und Gangfabrikate wie bei ihrem Transport und an der Hand, in der Gestaltung unserer Binnen- und Außenhandels wie bei der Verwendung der menschlichen Arbeitskraft und in dem Verbräuche der Waren- und Erzeugnisse werden große Ökonomie und rationelle Wirtschaftlichkeit in Zukunft mehr als bisher beobachtet werden müssen.

Was insbesondere das neuerdings für eine Volksozialisierung Sachverständigen gemachten Vorschläge betrifft, so bedeuten sie in der Hauptsache eine Wiederaufnahme früherer wissenschaftlich längst widerlegter Theorien, deren ideologisches Gebilde nur einen Wandel in ihrer Erkenntnis der Wirtschaftswissenschaften, ein geringes Verständnis für das Wesen wirtschaftlich praktischer Gestaltung, eine rein mechanische Auffassung der inneren wirtschaftlichen Zusammenhänge und Abhängigkeiten, sowie eine ungenügende Einsicht in die Psychologie der wirtschaftlichen Kräfte erkennen läßt.

Notwendig ist vielmehr die Erhaltung und Förderung der spezifischen Kräfte und Triebfedern im Wirtschaftsleben, zu denen in erster Linie das Erwerbstreben des Einzelnen, das berechtigteste Selbstinteresse, durch eigene Arbeit für sich und die Seinen zu sorgen und vorwärts zu kommen, und das damit verbundene Verantwortlichkeitsgefühl gehören. Nur wenn organisierte und technische Intelligenz, kaufmännische Kenntnis und Erfahrungen, fähige Berechnung und Wagemut,

frei von jeder amtlichen Bevormundung und Bürokratisierung, sich wieder wie vor dem Kriege betätigen können, wird es gelingen, das deutsche Wirtschaftsleben erneut in Gang zu bringen und der andernfalls drohenden allgemeinen Verelendung vorzubeugen.

Die Handelskammer selbst ist bereit, auf allen ihrer Zugehörigkeit unterfallenden Gebieten von Handel, Industrie und Gewerbe bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuwirken, Staat, Stadt und Einzelbetriebe, soweit möglich, nach bestem Wissen und Kräften hierbei zu beraten und alle und neue Wege der Wirtschaft nach sorgfältiger Untersuchung ihrer Gangbarkeit Hand in Hand mit ihnen gemeinsam zu beschreiten.

Leipzig, am 20. April 1919.

Die Handelskammer.

Complex advertisement for 'Oetzsch-Markkleeberg Zahn-Technisches Institut' and 'Gemeindeparkasse'.

Sonderzuweisung von amerikanischem Weizenmehl.

Änderung der Bekanntmachung vom 10. April 1919. Auf Grund nachträglich telegraphischer Anordnung der Reichsgeländebehörde wird folgendes bestimmt:

I. Verforgungsberechtigten, die amerikanisches Weizenmehl nicht einnehmen wollen, wird freigestellt, auf die Marken 17 E und K der Allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe F sowie die Marken S1R, S2R, S3R der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3 (G 1) für Kinder bis zu 2 Jahren in dem gleichen Anmeldeverfahren 1/2 Pfund inländisches Weizenmehl 04er Ausmahlung zum Preise von 15 Pf. anzumelden.

II. Die Marken für amerikanisches Weizenmehl und für inländisches Weizenmehl 04er Ausmahlung sind von den Nahrungsmittelhändlern und Bäckern getrennt zu bündeln, können aber in einem Briefumschlag verpackt werden. Bei der Ablieferung in der Bezugsbücherei haben die Nahrungsmittelhändler, Obmänner und Bäcker 2 Lieferhefte, einen für das amerikanische und einen für das inländische Weizenmehl zu verwenden.

III. Die übrigen Bestimmungen der Bekanntmachung vom 10. April bleiben ungeändert. Leipzig, den 23. April 1919.

Taucha.

Verteilung von 50 Gramm Speiseöl für 250 Mt. und 100 Gramm Fischspeck für 1 Mt. auf den Kopf nach der Kundenliste. Feld 40 der Warenausweisliste ist zu streichen. Für Speiseöl ist außerdem noch die Delmarke für Monat April beizugeben.

Quasnitz.

6 Uhr-Ladenschluß betreffend. Der Ladenschluß in den hiesigen Ladengeschäften ist durch den Gemeinderat auf 6 Uhr abends für alle Wochentage festgesetzt worden.

Bekanntmachung betreffend Bezahlung des Wasserzinses. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 17. April beschlossen, den § 10 der hiesigen Wasserordnung, wonach der Wasserzins nach dem durch den Wassermesser festgestellten Verbrauch in vierteljährlichen Teilzahlungen zu bezahlen ist, für alle Fälle in Kraft treten zu lassen.

Sparkasse Lindenthal. Geschäftsstelle: Gemeindegasse, Hauptstraße 17. Zweiggeschäftsstelle: Quasnitz, Gemeindegasse.

SLUB Wir führen Wissen.

Die Wunder der Natur

Ein populäres Prachtwerk über die Wunder des Himmels, der Erde, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres

Bearbeitet von 32 der bedeutendsten Naturforscher des In- und Auslandes, darunter Wilh. Bösche, Dr. S. Hammer, Camille Flammarion, Raoul S. Francé, Prof. Dr. Ernst Haeckel, Dr. Adolf Hellborn, Dr. F. Matichall, Prof. D. Menke, Prof. Dr. P. Schwahn usw.

3 Prachtbände in Großquart-Format 76 Mt. (einschließlich Teurungszuschlag) mit 1500 Illustrationen, dar. 130 bunte Beilagen.

Ein Prachtwerk ersten Ranges in vornehmster Ausstattung mit einem geradezu beschämenderischen Bilderreichtum. ... Wenn dieser Schatz nicht nach seinem wissenschaftlichen Wert und seinem künstlerischen Genuswert den Verkauf des verhältnismäßig erstaunlich billigen Werkes rechtfertigen. (Der Bücherwurm.)

Wir liefern das ganze Werk sofort auf einmal gegen Monatszahlungen von **nur 6 Mt.**

H. Wollbrück & Co., Berlin N, Oranienburger Straße 59

Durch den aufreibenden Kampf und die Unruhe unserer Zeit geht eine große Sehnsucht, die sich in stillen Feierstunden aus dem lauten Getriebe herauszurücken sucht, zurück zur ewig gleichen Harmonie der Natur. In und mit der Natur zu leben, das ist heute die Sehnsucht von Millionen und mit der aufklärerischen Erkenntnis, daß nur die Natur uns wieder aus dem wilden Strudel der Zeit in eine stille Beschaulichkeit hinüberleiten kann, wächst auch wieder das Interesse für ihre ewigen Wunder und Rätsel, deren Betrachtung wie nichts anderes geeignet ist, uns vom Alltag loszulösen. Mit diesen Wundern der Natur beschäftigt sich das vorliegende Werk; aus allen Winkeln der Natur sind sie zusammengetragen, in feinfühler, leicht verständlicher Form geschildert und in Bildern von unübertroffener Schönheit veranschaulicht.

Aus dem Inhalt sei nur aufgeführt:

- Erscheinungen der Erdoberfläche.** Eisberge. — Wasser und Wind als Baumstämme. — Die Geiser. — Die Gletscher im Hochgebirge. — Unterirdische Flußläufe. — Die Feuerberge der Erde usw.
- Erscheinungen der Atmosphäre.** Fata Morgana. — Die Wunder der Eobluume. — Ueber Polarlichter. — Ueber Wirbelstürme und Wetterläuten. — Der Regenbogen. — Schneefurten. — Das Gewitter usw.
- Physikalische und chemische Erscheinungen.** Elektrische Entladungen. — Das St. Elmsfeuer. — Künstliche Pflanzen. — Die Edel- u. Halbedelsteine. — Unsichtbare Strahlen. — Wirbel und Wellen der Luft. — Klangfiguren. — Magnetische Kraftlinien usw.
- Aus dem Tierreich.** Nesterbauende Säugetiere. — Aus dem Leben eines Dornfeinmieses (Maulwurf). — Ameisenreiser. — Das Rammot. — Merkwürdige Vogelneuler. — Ein Vogel mit Händen. — Der Urahn unterer Vögel. — Der fliegende Drache. — Fliegende Fische. — Tiere, die kleiner werden. — Leben und Lieben der Fische. — Die Entstehung eines Biene-nestes. — Aus dem Leben der Ameisen. — Laternen-täger im Insektenreich. — Meeresleuchten. — See-kerne. — Insekten und ihre Tischnossen. — Ueber Schwämme. — Korallenbauten usw.
- Aus dem Pflanzenreich.** Die Rafflesia, die größte Pflanze der Welt. — Insektenfressende Pflanzen. — Wie Pflanzen reifen. — Die Königin der Nacht. — Mooswunder. — Vom Geheimnis des fallenden Laubes usw.
- Aus dem Reich der Sterne.** Die Welt des Mondes. — Flammen auf der Sonne. — Vöten aus dem Weltraum. — Die Mitternachts-Sonne. — Die Nebel und das Werden der Welten. — Das Jodfalllicht usw.

Bestellschein aus der Leipziger Volkszeitung. (In offener Briefumschlag für 5 Pf.)

Unterzeichnet bestellt hiermit bei der Buchhandlung H. Wollbrück & Co., Berlin-N

Die Wunder der Natur.

3 Prachtbände in Großquartformat 76.— Mark einschließlich Teurungszuschlag, mit 1500 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen.

Betrag ist nachzunehmen — wird nach Empfang eingelandt — wird mit 31. monatlich bezahlt. Erfüllungsort Berlin-Mitte.

Name, Stand

und Wohnung

Fordert stets

Roeder

Das Original aller Bremer Börsenfedern



Wanzen und deren Brut
vertilgt man schnell und sicher mit „Gerfan“
gef. geschützt, Flasche 2 Mt. — Mit bestem Erfolg angewandt zur Vernichtung von Wanzen in Wohnräumen, Kasernen, Baracken usw. Verkaufsstelle: Humboldt-Drogerie, Pfaffenburger Str. 10.

Möbel

Grosse Auswahl in bürgerlichen und vornehmen Wohnungs-Einrichtungen

Schlafzimmer

Speisezimmer **Herrenzimmer**

Solide Preise. Gediegene Arbeit. Besichtigung erbeten.

Josef Hirsch

Zeitzer Str. 6 b.

Makulatur-Einkauf

an groß! an detail!

Kaufe jed. Post. Zeitungspapier gebündelt, Alten, Stripaturen, alle Pappenschfälle, Moskopap., Lumpen, Knochen, altes Eisen und Metalle kaufe ich auch ladungswerte, gegen sofortige Kasse. Händler Extra-Preise. Komme auswärtig. Hole auch ab. Bahnhöfen zu m. Läden.

Pässler
Lützner Strasse 71. Tel. 88491
Bogislavstr. 16, Deltzsch. St. 45
Alle Off. nach Lühner Str. 71.

Reparaturen
an Uhren jeder Art nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei **Gustav Kaniss**
Uhrmach. Taubhaer Str. 6

Beste Bezugsquelle für

Schuhmacher

Heinrich Berthold
Lederhandlung
Leipzig, Nicolaistr. 20-26
Größtes Lager in
Schuhmacher Bedarfsartikeln

Licht- u. Naturheilverfahren

F. H. Geißler Homöopathie und Kräuter-Heilkuren.
Waffenroder Str. 14, Soredy, 9-12, 3-6.
Vorausgehende gründl. Untersuchung!

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Es werden gesucht:

Kernmacher-Former- und Giesser-Lehrlinge
erner
ein kaufmänn. Lehrling
mit guten Schulzeugnissen. Schriftliche Gesuche an **Sächs. Metall- und Armaturenglasererei Baumert & Co., L-Plagwitz, Raumburger Str. 11.**

Mehrere geübte **Schneiderinnen**
zum Herdern von **Kleidern, Mänteln, Blusen und Röcken**
sodort in dauernde Beschäftigung gesucht.
Wohnung **Thomassgasse 1, III. Etg.**
Gustav Steckner, Leipzig

la Speisemöhren 15 A
Kohlrüben, Str. 7, 50 A, rote Rüben, sog. Berle, Str. 10 A
Pflanz. Str. 88, Ecke Dorfstr.

Kerzen!
20 cm lang, 23 mm stark per Pfd. (8 Stück) 10 A ab hier Nachnahme nicht unter 8 Pfund.
Hannibal Herrmann
Wanebach i. Thlr.

Barbiere und Privat!
Empfehle einen Posten **Holl. Rasierseife**

la Fettseife
starker feib. Schaum. Großes Mutterstück 2, 20 A. Voreinf. od. 2, 50 A m. Nachn. A. Hanks, Breslau 6, Hildebrandstr. 10.

AKAL
der neue billige Metallputz

ff. Waschpaste, schmalzige Bohrpaste,
nicht fest werdend, für Großabnehmer 1 Netto-Behälter 115 Mark laufend prompt lieferbar.
Thiemann, Leipzig,
Peffingstraße 18, part. rechth.

Schmierselle wieder eingetr.
Sutr. Wittenberger Str. 57, II., Parthel. Geheiß mitbringen!

3 1/2 Mille Zigaretten
Milch, ohne Nikotin, à 10 Pfg., sofort gel. zu verk. Reinicke, Lindenau, Albertinerstraße 45

irrigatoren Clysos Frauenouch.
Leibbinden Unterlagen Damenbinden usw. sowie alle Artikel z. Wochen- und Krankenpflege. Diakrot. Versand nach auswärtig.
Carl Klose, Hallesk. 17.

Nähfaden
fein Vapler, 100 Sterne nur noch 25.— Mt. frei Nachn. „Motha“, Gefell 53, Vogtl.

Stroh Hüte
Ostermesse nur Reihe 5. **Wold. Liebert, Dresden.**

Militär-Stiefel
Schwarzschuhe, neu u. getr., zu v. Frommannstr. 12, Lad.

Neue Milit.-Schallstiele,
28, 5/6, für 70 Mt. u. braune Tücheln zu verkauf. Winfert, Hunger, Bernhardtstr. 40, p. r.

IP. M. Stiefel, 27 A. IP. M. Sch., 30, 5, 23. N. Schäfte f. Kind. Gr. 88-88, l. n. rindl. Schulz i. M., Gram-Pl. 2, 50-5 A. Anhalt Str. 7, 8. r.

Wit z. Schafst. u. Schürst.
verf. Blaau, Birkenstr. 83, I.

Nov. M. Stiefel, Veerab., 28, 6, 80 A. Großschöcher, Eiferstr. 4

IP. M. Schürstuhle,
Gr. 20, 6, 1. vert., abds u. 411. an. Klisch, Währburg Str. 77, IV. r.

Mil.-Schürstuhle, 28, 6, 28 A. B. G. am. 5 A. Eifenstr. 11, I. I.

Neue Mil.-Schürstuhle, 28, 6, u. vert. Sohe Str. 24, H. II. r.

1 P. gute Lederstiefel
zu verk. Co. Eifenstr. 161, IV.

Militär-Mäntel,
1. Rode, Hosen neu und getr. vert. Frommannstr. 12, Laden.

Schw. gefärbt. Mil.-Feldm.
preisw. Rudolph, Zaisstr. 23, I.

Feldbluse, M. Schube 28-29,
vergl. 2. Fenster Stores vert. Dimpelstr. 19, III. W.

Militärbluse, Größe 8, neu,
umgearb. 65 A. Kapphut 8 A zu verk. Kochstr. 73, G. I. I.

Neuen grauen Mitt.-Mantel
verf. Blagwitz, Birkenstr. 82, I.

Grauer M. Mantel u. Mähe
zu v. Eifenstr. 88, IV. W.

M. Mant., Ang., Siet., 27, 7, v. Sid., Pavermühlstr. 30, I. I.

Mod. Uister von Militär-
Mant., altes Sofa, Petr.-Zugs-lampe, Kinderwagen bill. zu v. Brandvorwerkstr. 52, H. I. W.

Schw. D. Mant. (Tuch), Gr. 42,
br. S. Hut (Tofah), schid 25 A. Eifenstr. 149, p., Schönau.

Schw. D. Mant., neu, i. sch. Fig.,
v. Ang., Breite Str. 12, III. r.

Schwarzleid. Kleid, gefütter,
120 A. Eifenstr. 14, III. r.

2 rotw. gestr. Blus., pl. Schweiß,
Halterform, Josephinenstr. 22, 8. I.

Herren-Stoff 180 cm br. zu
verk. U., Josephstraße 6, pl.

Zeitbahn u. Tornister
verf. od. taufche für Lebensmittel. Eblede, Körnerstr. 11, H. I. I.

4 m Sofaüberzug zu verk.
Co., Köthener Str. 45, IV.

Tischt., Gard. Viehstr. 8, I. I.

4 Stück Tafelstühle, prima
Eichen-Daman, 24, m. lg. für 800 Mt. zu verkaufen. Off. unt. 20 Reichenhainer Str. 82.

Verkaufte oder taufche auf
Rattostein od. and. 1 oben-
mittel: **Dama-Tischstüch.,**
6 D. Serviet., u. 6 D. Hand-
tücher. Baumann, L. Wöckan,
Reiziger Straße 155, III. I. 6.

1/2 Dg. weiße Handtücher,
1 Fellbettvorleg., 11. Wanduhr,
vert. Dimpelstraße 19, III. W.

Erstlingswäsche, wie neu, pr.
A. v. od. geg. Lebensm. abzug.
Wöckern, Hülnerbeinstr. 49, I. I.

Grau Leinen 180 cm breit
für Kleider u.
and. zu v. verk. u. 9-1 Uhr.
Parnasische Straße 8b, III. r.

Gar. dia., Stoi. 8, 100. and. Sadi,
i. Draufent pass 3 Mil.-Wäg.,
Kochtopf, 2 Polobind., ar. Stoff-
annat. b. E. W. Str. 18, p. r.

10 Pfd. Bettfedern
verf. (Verdammung 11), zu verk. i. Reiziger Str. 19, III. W.

Schlafzimmer m. Kiss.-Au. lg.
Küch.-Einr., Tisch, Stühle,
Flurgard. v. Turnstr. 7, I. J.

Möbel

Stomplette Schlafzimmer,
Alles u. Speisezimmer.
Einzelne Möbel: Sofa, Bett-
stellen, Matratzen, Schränke,
Vertiko besonders preiswert.
Wunderlichs Möbelhallen
Wurzner Str. 6b. Tel. 60711

Möbel
aller Art zu geringen Preisen.
Rauß, Steinweg 46, Laden. I.

Möbel
preiswert und gut bel.
Nebing & Knittel
Brüderstraße 4, L. I.

Chaisel, Vertik. m. M., Spiegel,
Mil. Mantel v. Sohe Str. 16, I. r.

Chaisel, v. Ketter Str. 88, I. I. I.

Schönes Sofa, Vertikale mit
Matr. Kinderwagen, soj zu verk.
Kudnitz, Kapellenstr. 8a, pl.

Wutes Sofa, 250 A, verkauft
Eidonienstr. 28, Aua. O. I. I.

Wäsch-Garn., Kleiderschrank,
gr. gef. Soteg, Ausst., Stib.,
mod. Uhr, Uebergard. u. Tisch.
Br. 1800. Verichsweag 18, II. I.

Vorkaufpreisungsb. folg. gebe
Gegenst. bill. A. Prio.: 1. Plegelof,
leini vollst. Küche m. Gas, leini,
Bildreg., 1 ein. Vertik. m. M.,
1 Kinderbett m. M. u. 1 Kopier-
presse. Alexanderstr. 42, II. I. 6.

Achtung! Aus Privat. zu verk.
Vertik. Sofa, 2 Bett-
stellen m. Matr., Kleiderkranz
Vaunsoori, Wöckernstr. 20, II.

Vertiko, Chaisel, ar. Tischst.
v. v. Sophienstr. 81, I. I.

Vertiko
(Ausbau von tour.), franz. Bett-
stelle mit Matr., Ausziehlich
Sofatisch, Wäschschub, Stibb
vert. Wurzner Str. 21, H. v. I.

Möbel led. M. m. u. u. Meise
frb., Knosoff m. pppn
Stores, Stir., Bild., Uhr, Fedel
u. v. Lind. Haurichstr. 80, Hofl

Kleiderchr., 18. Tisch, Grotaf,
v. v. Hon. Wargaretenstr. 8, pl. I.

Gr. Sp. eg m. Wärmpl., 185 A
zu verk. Dlafonissenstr. 2, I. W.

Tüchtiger Werkführer
welcher auch an Maschine ein-
gerichtet, für Zureicherei in
Möbeln sofort gesucht. Offert.
u. U. 43 a d. Exp. d. Blatt.

Jungen Tischler
auf meine Möbel sucht Tischlerei
Reichenstr. 13, Thammelstr. 13.
Möbelschleier soj. ge. Müller,
Stendal, Ueberstr. 21.

Bildereinführer
(Staler) für dauernde Be-
schäftigung sucht
Konstanztal B. Groz A.-G.,
Reuo., Obere Mühlstr. 1-8.

Tüchtig. Tageschneider
für Kleiderung, Lari I, sucht
Otto Giesen, Karlsruher Str. 22.

Tüchtig. Schuhmacher
gesucht Co., Waisenhausstr. 20

Vertreter
i. Leipzig
und Umgeb.
für politischen Artikel gesucht.
Wohl., Schönbühler Str. 18, I. I.

Händler für tohnen-
den Artikel
gesucht Lind., Josephstr. 6, pl.

Sehrling für Klempneri u.
Kochstr. 22, Kutherstr. 2.

Größerer Schullunge
zum Begebenen per sofort gel.
Mch. Hunt, vi., Calviftr. 81.

Frauen u. Hausierer
15 Mark Mindestverdienst.
Ei., Calviftr. 28, Laden r.

Plätterin
sof. gef. König-Johann-Str. 11.

Frauen oder Mädchen
zum Zeitung-
tragen für Anger-Str. 108en-
als, Nord- u. Süd- u. el gef.
Monat. 50-60 Mt. zu meldeu
Johannsgasse 8, Hof I. Rm. 9

Schneiderin ins Haus
sucht Frau Wagner, Pöhlitz-
Schrenberg, Leipziger Str. 2.

Dienstmädchen (auch Ombd.),
d. Hebe z. Kind (4 u. 6 J.) hat, i.
sof. gef. Vorst. u. 8-9 u. 12-2.
Kaiserstr. August-Str. 21, IV.

Aufwartung!
Neuj. anst. kinderlieb. Mädch.
14-16 J., für nachm. sof. gef.
R. Dietel, Eads Lorenst 82, I.

Mädchen zur Aufwartung
gehndt Gundorf Str. 25, II. r.

Orbl. Mädch. auch frät. Ofter-
mädchen für Aufwartung gef.
Kerbinand-Nhobe-Str. 37, II. r.

Ostermädchen
für sofort sucht Schirmer,
De' wih bei Galkwih.

Ostermädchen für 10 ort als
Aufwartung
gef. Wilschard, Ostr. 18, pl.

Schulmädchen (14 J.) z. Wege-
gehen i. Blarungeich soj. gef.
Lindenau, Albertinerstraße 45.

Größ. Schulmädchen als Aufw.
gehndt Kolonnenstr. 27, III. I.

Verkäufe

Geschäftsverkauf!
Kranthob. ist ein Puzmauer-
geschäft z. v. Dasi. best. 20 J.
In Fr. l. u. tücht. Kräfte. Off.
A. S. 100 Mt. Belken. Str. erb.

Ein gutgehend Geschäft
m. Grünwaren u. Delikatessen
umständlicher zu verk. Off.
abua. Rudolmer Str. 21, IV. I.

Miets-Haus,
4 kompl. Wohn., 2 Fachwohn.
schöne Lage, unter günstigen
Bedingungen sofort zu verk.
Näh. Auskunft eriekt Sachl.
Zonwarenfabrik für Chem.
Industrie, Brandis.

Gelbe Speisemöhren
4 Str. 13 Mt., vert. Hanks,
Eidonienstr. 28-30, H. L.

Tapeten

Stimmann & Krausche
Lokhaus Grimmscher
Steinweg u. Anorstr.

Nur in U.-T.-Lichtspiele, Hainstr. 19

Von Freitag, den 25. April 1919, an

Uraufführung

Der gewaltige Kulturfilm



? Der Verführer ?

6 Akte

6 Akte



Varieté Eldorado Ein Schlager! Das neue Programm
Ausser den erstklassigen Kunstkräften
Die tolle Posse in einem Akt von Kurt Leipnitz:
II Der Messonkel in Nöten II
TH. WERNER.
Pfaffendorfer Str. 4.
Anfang täglich 7 Uhr, Sonntags 1/4 und 7 Uhr.

Königs-Pavillon Promenadenstr. 8, Thomasring Fernruf 19271
Kasino-Lichtspiele Neumarkt — Dresdner Hof Fernruf 19950

Ab Freitag, 25. April

der einzig in seiner Art existierende, ebenso gewaltige wie auch phänomenale sozial-hygienische Kultur- und Aufklärungs-Film

Die Prostitution

Dieses Aufsehen erregende sexual-wissenschaftliche Werk von

Dr. Magnus Hirschfeld

und von **Richard Oswald** zu einem selten spannenden, lebenswahren Sittengemälde

in 1 Vorspiel und 6 Akten bearbeitet, ist in der Tat der erste Film, der mit volstem Recht den Titel

Aufklärungs-Film

verdient. Näheres weitere Inserate.

Zu diesen Vorstellungen haben, laut besonderer Verfügung, Jugendliche nur über 18 Jahre Zutritt!

Das erste grosse amerikanische Sensations-Sitten-Drama

Schmutziges Geld

Behandelt den Ankauf junger Mädchen für die Prostitution
Erscheint nur noch bis einschliesslich Donnerstag in den **Kammer-Lichtspielen**
Windmühlenstrasse 7. Am Königsplatz.

Täglich ab 4 Uhr nur für Erwachsene!

Tanz- Einzel-Unterricht
Spez. f. alt. Damen u. Herren, erteilen zu jeder Zeit ungeniert, schnell u. gründlich
G. Töppner u. Frau
Frommannstr. 5, pt., Ecke Börsenstr., Nähe Stephanipl.

Am besten kauft man:
Musik-Sprech-Apparate
in grösster Auswahl
Schallplatten
stets neue Aufnahmen
Hörsaalverkauf!
Musikhaus Merkur
Petersstr. 17

Herren-Garderobe
noch in großer Auswahl.
Herren- u. Knaben-Anzüge, Ueberzieher und Ulster, Pelzröcken und Joppen stehen durch günstigen Gelegenheitsverkauf zum Verkauf.
Prakt. und Gesellschafts-anzüge werden auch preiswert verkauft.
J. Kindermann
früher Salzgraben 9
jetzt Neumarkt 1, I.
Ecke Grimm-Str., Automat

Alte und unmoderne Herren- u. Knaben-Hüte
einzelne Stücke, ganze Posten auch von auswärts, werden gewaschen oder gereinigt und auf moderne Form umgepreßt
Material für Neuanfertigungen vorhanden. Aufträge werden in etwa 14 Tagen erledigt.
Rullfabrik Ködnerstr. 20, pt. (am Südpark).

Bettmöbilen
Abhilfe sofort. Patentmattisch gelb. Gold. Wied. Langl. Erfolge nachw. Viele Dankschreib. Schreiben Sie sofort unter Angabe d. Alters u. Geschlechts an **Besandhaus Wiedta**, München 90.
Auskunft u. Prospekt umsonst.

Homöop. u. Licht-Heilinstitut R. Neugebauer
stad. geb., nicht appr. Prakt., fr. an Dr. Schwabe's Polikl., behdlt. u. 30jähr. Erfahrung mit vorzüglichen Erfolgen
Geschlechts-, Haut-, Gicht-, vora. nerv. Schwäche Grippe, Katarhe d. Nimmungsorg., Asthma, Rheumatismus, Nschias, Licht, Magen- und Darmleiden usw.
Frauenkrankheiten Broich., Weisfluß der Frauen u. seine Bekämpfung gegen 1,80 Mk. in Dreimarkten.
Promenadenstr. 11, I. Sprecht. tägl. 10-12, ferner Mont., Mittw., Freitag 6-8.

Elektr. Lichtbäder
mit Ultraviolet-Beleuchtung geöffnet wochent. 8-12, 2-8, für Damen 10-12, 3-6 Uhr.

Hochschule für Frauen, Leipzig.

Sommer-Semester 1919 Königstr. 19/20 Sommer-Semester 1919
Vorlesungen der Allgemeinen Abteilung.

Privatdozent Dic. th. et Dr. phil. Lipato: Geschichte der neueren Philosophie. Montags und Donnerstags 12-1 Uhr.
Geh. Kirchenrat Prof. Dr. theol. Ihmels: Grundfragen der christlichen Weltanschauung. Montags 8-9 Uhr abends.
Privatdozent Dr. phil. Brahn: Die Hauptfragen der Erziehung und des Unterrichts. Mittwochs 11-12 Uhr.
Geh. Hofrat Prof. Dr. phil. Brandenburg: Die politischen Hauptströmungen des 19. Jahrhunderts. Donnerstags 4-5 Uhr.
Privatdoz. Dr. phil. Schultze: Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrh. Mont. 11-1 Uhr.
Professor Dr. phil. Witkowski: Die deutsche Dichtung seit der Jaiirevolution v. 1830. Dienst. u. Freitag. 5-6 Uhr.
Geh. Hofrat Prof. Dr. phil. Förster: Der englische Roman des 19. Jahrhunderts. Freitags 4-5 Uhr.
Professor Dr. phil. Doren: Die Kultur der Florentiner Renaissance. Dienstags 11-12 Uhr.
Direktorialassistent Dr. phil. Voss: Dürer und sein Zeitalter. Donnerst. 5-6 Uhr.

Dr. phil. Zeitler: Stilkunde zur Einführung in die Epochen der Kunstgeschichte. II. Teil: Von der Renaissance bis zur Gegenwart (mit Lichtbildern und Demonstrationen). Mittwochs 5-6 Uhr.
Professor Dr. phil. Schramm: Silhouetten und Illustration (mit Lichtbildern). Dienstags 8-9 Uhr abends.
Professor Dr. phil. Seydel: Atmung, Stimmbildung und Vortrag (in praktischen Übungen, zugleich für Vorgesprächsthorer). Mittwochs 1/2 bis 6 Uhr.
Dr. phil. Grimpe: Grundzüge der Entwicklungslehre (Deszendenztheorie). Mittwochs 8-4 Uhr.
Dr. phil. et med. Pfeffer: Die geistige Arbeit als Leistung des Nervensystems, einschliesslich einer Hygiene der geistigen Arbeit. Montags 11 bis 12 Uhr.
Privatdozent Dr. med. Hohlfeld: Ernährung und Ernährungsstörungen im Kindesalter. Dienstags 3-4 Uhr.

Jede Frau, die das 18. Lebensjahr vollendet hat, kann als Hörerin an diesen Vorlesungen teilnehmen.
Ueber die Vorlesungen und Übungen der Fachabteilungen zur Ausbildung von Jugendleiterinnen, Lehrerinnen an Kindergärten, Seminarern, Sozialbeamtinnen, Laboratoriums- und Arzt-Assistentinnen und zur Fortbildung von Krankenschwestern für sozial-hygienische Berufsarbeit und für leitende Stellungen in der Krankenpflege unterrichtet das Vorlesungs-Verzeichnis.
Beginn der Vorlesungen: 25. April.
Gebühren: Hörerinnenkarte und Hörsaalgebühr (einmalig) 5.- Mk.
Karte für eine einstündige Semester-Vorlesung 10.- Mk.
Karte für eine zweistündige Semester-Vorlesung 15.- Mk.
Vorlesungs-Verzeichnisse in allen Buchhandlungen, sowie in der Hochschulkanzlei, Königstrasse 20.

Auf Veranlassung der Zentralfleitung der U. S. P. D. hat der unterzeichnete Verlag eine Broschüre herausgegeben, die populär, einfach und klar die Frage erörtert:

Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten?

Preis 30 Pfennig.

Alle Austräger und Filialen der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft
Abteilung Buchhandlung — Tauchaer Str. 19/21.

Nach Aufhebung der Gütersperre treffen sofort ein
600 Stk. Baumpfähle
8 m lang, angeköpft, besonders harte Ware, sowie
10 Eisen-Wagg. Zaunlatten
1,55 m lang, 4-8 cm stark, ungekreuzt, schöne schlanke u. trockene Ware, erstere im einschneiden, letztere nur in Wageneinrichtungen. Gest. Angebote erb.
Rich. Walther, E-Meudnitz
Kohlgrabenstr. 48, I. 1

Achtung!
Die alte Firma früher Hansbäder Steinweg 14 schreibt nicht nur, sondern zahlt jeden hohen Preis, den Sie wünschen, für ihre alten Sachen, Herren- und Damen-Sachen, Bälde, Schuhe, Gold, Silber, Wollmäntel, Hüten, Betten, Gardinen, Möbel, ganze Wirtshäuser.
Bohlinstr. 12, Tel. 10150
am Kleberplatz.

Trauringe massiv Gold.
Gustav Kaniss
Tauchaer Strasse 6.

Auswanderer!
Wer nach Friedensschluss sich in Russland auf sozialistischer Grundlage mit ansiedeln will, kommt am Freitag, 25. April, abends 8 Uhr, in das Restaurant **Zur Quelle** in Markranstädt zur **Gründungsversammlung einer Ortsgruppe**.
Berein Aufsiedlung Ost Sib. Leipzig.

Straßenhändler usw.
kauft die Regnummer **Die Grosskusche**
originellstes unparteiisches Wochenblatt.
Druck und Verlag:
Hermann Strieber
Reud., Kohlgrabenstr. 52a.

Bettmöbilen!
Befreiung sof. Alter u. Geschl. angeben. Auskunft umsonst.
Institut „Aurora“
Belcherstr. 9a, II. 96a Obb.

Hennigsons Edelfluid (ges. gesch.)
allerwirksamstes Mittel geg. **Kopfläuse**. Flasche 1.50 Mk.
Angel-Apothek, Markt, Hof-Apothek, Hainstrasse, Max Berger, Königspl., Carl Klose, Sanitätsartikel, Hainstr. 17 19
Ziehung 12.-17. Mai
Rote-Kreuz-Geld-Lotterie
Lose 8 Mk. Porto u. Liste 45 Mk.
Heinrich Schuster
Leipzig, Peterssteinweg 11.

Zahn-Praxis Minna Torton
Blücherstr. 16, I
am Hauptbahnhof.
Tel. 10875. Gegr. 1898
Künstl. Zähne - L25 an Plomben von 1/2 an
Repar. sol. Bill. Preise.
Schonende Behandlung

Klavier- u. Violin-Unterricht
erteilt Schöffer, Nangler Str. 13

